

fonction publique



numéro 251
mai/juin 2017
49^e année
paraît 6 fois par an

CGFP-Nationalvorstand fordert Aufhebung der 80/80/90-Regelung

Nach der Regierungserklärung zur wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lage des Landes fühlt sich die CGFP in ihrer Haltung bestätigt, dass es dem Land weitaus besser geht als von interessierter Seite immer wieder dargestellt. Aufgrund der vorgelegten Analyse sieht die CGFP gerade auch beim Renten- und Pensionssystem keinen Handlungsbedarf. Die zum 1. Januar 2017 in Kraft getretene Steuerreform wurde indes als eine in ihren Ansätzen zufriedenstellende Reform gewertet. Nichtsdestotrotz hätte sich die CGFP insbesondere bei den privaten Haushalten weiter reichende Maßnahmen erwartet, waren es doch gerade sie, welche die Steuerreform, u.a. durch die mehr als fragwürdige 0,5%-Steuer, zu großen Teilen vorfinanziert haben.

Hinsichtlich der sogenannten „Stock Options“, Zusatzvergütungen, die in der Regel Führungskräften großer Unternehmen in Form von Bezugsrechten auf Aktien gewährt werden, fordert die CGFP die Abschaffung jeglicher Steuerbegünstigungen. Stattdessen sollten Stock-Options-Programme künftig zu 100 Prozent besteuert werden, wodurch laut Finanzminister steuerliche Mehreinnahmen in Höhe von 150 bis 180 Millionen Euro pro Jahr erzielt werden könnten.

Bezüglich des jüngsten Gehälterabkommens für den öffentlichen Dienst fordert der CGFP-Nationalvorstand eine zügige Umsetzung der verschiedenen Bestimmungen. Das gelte zum Beispiel für die Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, wo sich die Regierung verpflichtet habe, bis spätestens Juli 2017 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Der Grundgedanke der in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes anzuwendenden Maßnahme soll laut CGFP darin bestehen, dass die einmal angesparten Arbeitsstunden zu einem späteren Zeitpunkt 1:1 in freie Stunden umgewandelt werden können.



Nachdem die damalige Regierung beabsichtigt hatte, die eigentlichen Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst nach unten anzupassen, hatte man sich im Rahmen der Verhandlungen zur Dienstrechtsreform darauf einigen können, die Einstiegsgehälter nicht anzutasten, dafür aber die Entschädigung während der „Stage“-Zeit in den ersten beiden Jahren auf 80 Prozent, im dritten Praktikumsjahr auf 90 Prozent zu senken. Als Gegenstück dazu sollte der „Stage“ als wahre Ausbildungszeit genutzt werden, um den Anwärter zum Staatsdienst in seine späteren Aufgaben einzuführen. Aufgrund der Tatsache, dass es mit der Umsetzung der Reform nicht zu einer grundlegenden Neugestaltung des „Stage“ kam und die Praktikanten stattdessen quasi vom ersten Arbeitstag an als volle Arbeitskräfte genutzt werden, hat sich der CGFP-Nationalvorstand in aller Deutlichkeit für eine sofortige Abschaffung der ohnehin mehr als fragwürdigen 80/80/90-Regelung ausgesprochen. Untermantelt wird diese Forderung durch die Tatsache, dass diese Maßnahme bei den Südgemeinden, mit

Unterstützung von Politikern der Koalitionsparteien, nicht einmal umgesetzt wurde.

Vor dem Hintergrund der Einführung des „Revis“ (zuvor RMG) als garantiertes Mindesteinkommen hat der CGFP-Nationalvorstand eine Anhebung des sozialen Mindestlohns gefordert. Es könne nicht sein, dass jemand, der einer vollzeitlichen Tätigkeit nachgeht, Sozialhilfe beanspruchen müsse, um ein dezentales Leben führen zu können, hieß es zur Begründung.

Die Regierungsabsicht, Zuständigkeiten der Flughafenverwaltung ohne plausible Argumente in ein privatrechtlich geführtes Unternehmen auszulagern, wurde vor dem CGFP-Nationalvorstand aufs Schärfste kritisiert. Bedauert wurde einmal mehr, dass im Vorfeld zur Schlichtung gerade in dieser Frage kein Sozialdialog mit dem zuständigen Ressortminister möglich gewesen sei. Nachdem die Schlichtung gescheitert sei, gehe die Angelegenheit nun in die Mediation. Und sollte auch da kein Einlenken der Regierung erkennbar werden, sei der Weg frei für einen schwerwiegenden Sozialkonflikt in einem derart sensiblen Umfeld wie dem Flughafen Luxemburg.

Dem nun vorliegenden Gesetzentwurf zur Neuregelung der Zusatzpensionen (zweiter Pfeiler) konnte der CGFP-Nationalvorstand nur beifpflichten. Begrüßt wurde insbesondere die Tatsache, dass, anders als bisher, der öffentliche Dienst in Zukunft nicht mehr von einer solchen Maßnahme ausgeschlossen sei. Damit kommt die Regierung einer langjährigen Forderung der CGFP nach, die diesen Ausschluss von Anfang an als verfassungswidrig gewertet hatte.

Gestützt auf ein bilaterales Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften aus dem Jahre 2014, sprach sich der CGFP-Nationalvorstand schließlich für die unverzügliche Umsetzung der Dienstrechtsreform auch im Pflege- und Sozialsektor aus. **F.P.**



„... je le referais“

Mehr als 30 Jahre lang war Emile Haag gewerkschaftlich aktiv, 27 Jahre davon als Vorsitzender der CGFP. Wie kam es überhaupt zu dieser Entscheidung, sich gewerkschaftlich zu engagieren? Über welche Eigenschaften muss ein erfolgreicher Gewerkschafter verfügen? Und welche Ereignisse kommen Emile Haag in den Sinn, wenn er auf über 30 Jahre Gewerkschaftsarbeit zurückblickt? – Antworten auf diese und auf weitere Fragen gibt der CGFP-Ehrenpräsident im „fp“-Gespräch auf den Seiten 4 und 5 in dieser Ausgabe.



Steuerreform im Blickpunkt

Mit dem Steuerjahr 2017 trat auch die Steuerreform in Kraft, nach Darstellung der Regierung eine Reform, die grundsätzlich auf breite Zustimmung stoßen müsste, weil letztlich jeder davon profitiere. Und dennoch: Hätten nicht insbesondere die privaten Haushalte von weiter reichenden Steuererleichterungen profitieren müssen, dies nicht zuletzt auch, weil gerade sie die Steuerreform zu großen Teilen vorfinanziert haben? Lesen Sie hierzu das „fp“-Interview mit Finanzminister Pierre Gramegna auf den Seiten 10 und 11.



Wirtschaft und Finanzen

Dass es dem Land derzeit gut geht, das betonte der Staatsminister ausgiebig anlässlich der Rede zur Lage der Nation. Wenn nun die Regierung aber die allermeisten Verdienste am hohen Wachstum für sich beansprucht, so zeugt dies sicherlich von einer gewissen Dreistigkeit. Tatsache ist ja, dass in der jüngsten Vergangenheit die Austeritäts-Maßnahmen des ominösen „Zukunftspaketes“ eine enorme Konjunkturbremse dargestellt haben. Alternative Fakten zu Wirtschaft und Finanzen liefert unsere Analyse ab Seite 6.

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Editorial

Steuergerechtigkeit – nur ein Schlagwort?

Neben einer abscheulichen Terrorwelle in vielen Gebieten der Welt ist eine weitere, weniger dramatische Besonderheit des Jahres 2017 die ganz augenscheinliche Anhäufung an Wahlterminen quer durch Europa, ob in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien, Deutschland oder, eher überraschend, auch in Österreich.

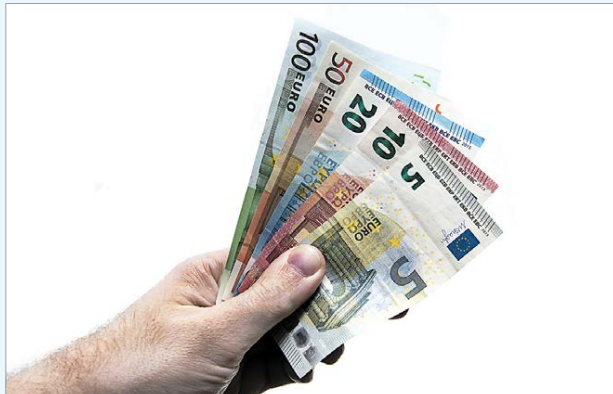
Angesichts der jüngsten Ereignisse in Europa galt und gilt es, den rechtspopulistischen Tendenzen und dem Vormarsch der ihnen wohl gesonnenen Parteien keinen Vorschub zu leisten und ihnen Einhalt zu gebieten, in einem Moment, wo es dringend angebracht wäre, dass sich die traditionellen Parteien hinterfragen sollten, ist ihre Politik doch nicht vollends schuldlos an diesen bedenklichen Entwicklungen. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Bürger Europas erwartet sich völlig zu Recht von den europäischen Institutionen und ihren Vertretern eine sichtbare Stärkung der sozialen Dimension. Und gerade diesen berechtigten Anliegen sollte schnellstmöglich Rechnung getragen werden.

Nach dem Ausbruch der US-Immobilienkrise im Sommer 2007 – vor fast 10 Jahren – kam es im Herbst 2008 zur Bankenfinanzkrise. Seitdem sind eine Reihe von Banken (meistens mit Steuergeldern) gerettet worden, danach kamen eine Reihe Länder, die in Finanzschwierigkeiten steckten und zum Teil noch stecken, in den Genuss von Hilfspaketen.

Zwischendurch kam es damals auf gewerkschaftlicher Ebene in vielen Ländern zu Gewerkschaftsaktionen, Demonstrationen und Streiks, die sich im besonderen Maße gegen die Sparmaßnahmen der Mitgliedsländer der EU richteten. Es kam zu Massenentlassungen, insbesondere im öffentlichen Dienst, der in keinster Weise am Beginn der Krise stand. Löhne wurden zum Teil massiv gekürzt, und der Mittelstand, der auch heute noch in vielen Ländern weiter bröckelt, musste mit ansehen, wie ausgerechnet seine Steuerlast massiv anstieg.

Sozialabbau ward in aller Munde und auch heute noch wird er nicht selten von jenen Kreisen lauthals gefordert, die, gelinde gesagt, nicht ganz unschuldig am Ausbruch der Krise waren.

Als direkte Konsequenz der Krise und dem beherzten Eingreifen der



Allgemeinheit, der Staaten, ist in so manchen Ländern Europas die Lage der Staatsfinanzen nicht überall allzu rosig. Und obwohl ein Ansteigen der aktuell sehr niedrigen Zinssätze noch in weiter Ferne liegt, was die Zurückzahlung der jeweiligen Schulden ansatzweise etwas erträglicher macht, kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass zumindest Luxemburg sich in einer vergleichsweise vorteilhaften Lage befindet, was die öffentlichen Finanzen betrifft.

In einem Moment, wo sich der Gesamtstaat im Plus befindet, in Anbetracht hoher Investitionen in die Zukunft unseres Landes, seiner Bürger und der kommenden Generationen, sowie einer zumindest teilweise zufriedenstellenden Steuerreform, die für so manche natürliche Personen noch etwas weiter hätte reichen müssen – sind es doch gerade sie, die diese Reform in beträchtlichen Teilen vorfinanziert haben – besteht auch infolge gutgefüllter Rentenkassen und trotz der sich ständig wiederholenden Empfehlungen des EU-Rates in diesem Bereich – jüngst am 22. Mai 2017 – absolut kein Handlungsbedarf in Richtung weiterer Leistungsverlechterungen.

Und auch wenn gerade die fristgerechte Umsetzung des jüngst von der CGFP erzielten Gehälterabkommens im öffentlichen Dienst ganz oben auf unserer Agenda steht, so bleibt nichtsdestotrotz auch die vorher angesprochene Steuerreform weiterhin in unserem Fokus, in einem Moment,

wo sogar die Regierung das nicht zu leugnende Wachstum offen anerkennt.

Die Regierung hat durch diese Reform die Steuerlast der natürlichen und moralischen Personen zweifelsfrei verringert, dies kann nicht geleugnet werden. Und dennoch bleibt auch nach der Reform ein klares Ungleichgewicht zwischen der Besteuerung der Erträge aus Kapital und den Einkommen aus Arbeit bestehen.

So ist eine weitere Herabsetzung des hiesigen IRC („impôt sur le revenu des collectivités“) ja bekanntlich in allen industrialisierten Ländern mehr oder weniger Bestandteil der Tagesordnung und wird durch das von Lobbyisten des Großkapitals allem übergeordneten Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit, oder anders ausgedrückt, des steuerlichen Dumpings im Rahmen der Betriebsbesteuerung, konstant gerechtfertigt.

Hauptargument hierfür ist die angekündigte Verbreiterung der Besteuerungsgrundlage in Folge der Umsetzung der 15 Aktionen auf BEPS-Ebene („base erosion profit shifting“), wo bis zum jetzigen Zeitpunkt niemand genau weiß, wie dies konkret aussehen soll, geschweige denn, wie sich die direkten Konsequenzen auf die Steuereinnahmen auswirken werden.

Doch eines sollte auf jeden Fall klar sein: Die Abschaffung von sogenannten Steuernischen kann allerhöchstens als eine Verbreiterung einer Besteuerungsgrundlage gewertet werden, die im Vorfeld auf eine äußerst diskutable Art und Weise reduziert wurde. Gerade

sie haben zu Besteuerungssätzen geführt, die weit unter denjenigen des nominalen Satzes angesiedelt waren (und sind).

Des Weiteren bleibt es bedauerlich, dass im Rahmen einer grundlegenden Analyse der Steuerdaten im Wirtschafts- und Sozialrat es schier unmöglich war, den tatsächlichen Durchschnittssteuersatz, pro Betrieb oder im Allgemeinen, zu ermitteln, was bei den natürlichen Personen das Einfachste der Welt darstellt und dies obwohl, laut Experten, die Steuererklärung alle hierfür notwendigen Informationen beinhalten würde.

Ihr Fehlen begünstigt zu einem ganz beträchtlichen Teil die Skepsis weiter Teile der Bevölkerung bezüglich der Rechtfertigung der Herabsetzung der nominalen Steuersätze.

In Luxemburg, genauso wie in ganz Europa und darüber hinaus, muss endlich Schluss gemacht werden mit dem Betriebssteuerrumping, alles andere würde zu einer weiteren, höheren Mehrbelastung der natürlichen Personen führen, die ohnehin an ihrem Limit angekommen sind.

Gleiches gilt insbesondere für „stock options“, im steuerlichen Bereich rein durch administrative Verordnungen/Circulaires geregelt, die lange Zeit den Führungskräften von Großunternehmen zugestanden wurden, bevor sie im Laufe der Zeit immer mehr zu einem nicht unbedeutenden Einkommenselement wurden.

Ende Februar legte der Finanzminister zum ersten Mal konkrete Zahlen auf den Tisch. Diese Praktiken kosten den Staat und damit den normalen Steuerzahler jährlich die enorme Summe von 150 bis 180 Millionen EURO.

Davon ausgehend, dass diese „stock options“ einen unvertretbaren steuerlichen Vorteil insbesondere für Bezieher von ganz hohen Einkommen darstellen, sie also favorisieren, müssten sie in Zukunft voll und ganz besteuert werden, und nicht wie bisher zu einem lächerlichen Steuersatz. Alles andere hätte jedenfalls absolut gar nichts mit Steuergerechtigkeit, falls es diese überhaupt geben sollte, zu tun.

Gerade in dieser Frage erwarten wir von der Regierung gerade jetzt, auch nach der Steuerreform, ein schnelles Handeln!

Romain Wolff

Webinfo

Schnell und
übersichtlich
informiert:



www.cgfp.lu



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique CGFP

Éditeur: CGFP
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis
de la CGFP.

„Si c'était à refaire, je le referais“

Ein „fp“-Gespräch mit dem langjährigen CGFP-Nationalpräsidenten Emile Haag

fonction publique: Herr Haag, Sie waren mehr als 30 Jahre lang gewerkschaftlich aktiv, über 27 Jahre davon als Vorsitzender der CGFP. Wie kam es überhaupt zu dieser Entscheidung, sich gewerkschaftlich zu engagieren?

Emile Haag: In Kontakt mit der Gewerkschaftsarbeit kam ich in der Tat über den damaligen Generalsekretär und CGFP-Gründer Jos. Daleiden. Wir kannten uns zu dem Zeitpunkt noch nicht persönlich. Ich war allerdings gut befreundet mit dessen Schwager, Ernest Eyschen, einem Weggefährten aus meiner Studienzeit in Diekirch. Und über ihn ist es Jos. Daleiden dann auch gelungen, mich für die CGFP zu begeistern.

fonction publique: Ihr wahres gewerkschaftliches Zuhause hatten Sie allerdings nicht gleich auf Anhieb gefunden...

Emile Haag: Zu Beginn meiner beruflichen Tätigkeit im „Stater Kolléisch“ im Januar 1967 sind in der Tat die damals Verantwortlichen der APES an mich herangetreten, um mich als Mitglied für die, wie es damals hieß, „Proffegewerkschaft“ zu gewinnen. Ich habe allerdings von Anfang an darauf bestanden, selbst als Jos. Daleiden sich an mich wandte, dass meine Lehrertätigkeit stets meine Hauptbeschäftigung bleibe und ich bestenfalls bereit sei, gewerkschaftliche Verantwortung parallel zu meiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer zu übernehmen. Die Unterschiede zwischen APES auf der einen Seite und CGFP als Dachorganisation auf der anderen wurden mir dann sehr schnell bewusst: Ich war nämlich von Anfang an der Auffassung, dass man auch als Lehrer mit allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, auch den anderen Berufsgruppen, solidarisch sein sollte. Bei der APES war das schon damals nicht der Fall. Für mich allerdings stand die Tatsache, Professor zu sein, nicht im geringsten Widerspruch zu meiner persönlichen Überzeugung, auch für die Interessen anderer Bediensteten einzutreten.

In meinem sogenannten „jugendlichen Leichtsin“ habe ich dann einer APES-Vollversammlung den Vorschlag unterbreitet, der CGFP als APES beizutreten. Die APES hätte auf diese Weise ihre völlige Unabhängigkeit als Mitgliedsverband behalten, um die Interessen der Lehrerschaft zu verteidigen. Und gleichzeitig wäre sie Bestandteil einer bedeutenden Berufsorganisation geworden, auf die sie immer wieder hätte zurückgreifen können. Sie können sich nicht vorstellen, wie ich damals für meinen Vorschlag verunglimpft wurde. Was ich mir da bloß einbilde, hieß es aus den Reihen der damaligen APES-Führung. Sie, die Lehrer, ließen ihre Gehälter doch nicht von Angehörigen anderer Laufbahnen bestimmen. Kurz: Eine sachliche Diskussion war unmöglich. Und die Stimmung hatte sich derart hochgeschaukelt, dass ich letztlich auf eine weitere Mitgliedschaft in der APES verzichtete.

fonction publique: Und somit war der Weg frei für eine eigene Lehrer-gewerkschaft...

Emile Haag: In der Tat. Vor diesem Hintergrund wurde dann unsere eigene Professoren-gewerkschaft ins Leben gerufen: die FEDUSE-Enseignement. Sie ist Bestandteil des unter dem Impuls von CGFP-Generalsekretär Jos. Daleiden initiierten allgemeinen FEDUSE-Dachverbandes, der FEDUSE Générale, die aus der „Entente des groupes supérieurs universitaires“ EGSU/CGFP hervorging und alle Bediensteten der oberen Laufbahnen umfasst. Als „Mann der ersten Stunde“ bei der FEDUSE-Enseignement



Über 30 Jahre lang war Emile Haag gewerkschaftlich aktiv, mehr als 27 Jahre davon als Vorsitzender der CGFP. Im Rahmen des CGFP-Nationalvorstandes vom 12. Dezember 2016 wurde ihm der Ehrentitel seiner Funktion verliehen.

galt Henri Frising, der den ersten Vorsitz übernahm. Ich persönlich war damals gerne bereit, Verantwortung in der Führung der neuen „Proffegewerkschaft“ zu übernehmen, stets aber unter dem Vorbehalt, an erster Stelle meiner Lehrertätigkeit nachzukommen.

Nichtsdestotrotz habe ich dann, das muss im Jahre 1975 gewesen sein, ein erstes Mal für die Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst kandidiert. Parallel hierzu hat sich die Führung der FEDUSE regelmäßig getroffen. Und bei diesen Zusammenkünften war es kein anderer als Jos. Daleiden, der uns immer wieder auf den letzten Stand der gesellschaftspolitischen Entwicklungen brachte. Das war äußerst interessant, und ich persönlich habe dabei sehr viel hinzugelehrt.

Ich war mir auch nicht zu schade, im hauptstädtischen Athenäum aktiv Mitglieder für die CGFP zu werben. Und nach und nach haben sich immer mehr Professoren der FEDUSE angeschlossen. Auch wenn das nicht nach jedermanns Geschmack war, war ich nicht darum verlegen, Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, um sie für unsere Gewerkschaft zu gewinnen.

fonction publique: In diesen Jahren hat Sie eine neue berufliche Herausforderung in die Vereinigten Staaten von Amerika geführt...

Emile Haag: Stimmt. Von 1971 bis 1973 habe ich in der Tat in den USA gelebt. Neben meiner Tätigkeit als Geschichtsprofessor im hauptstädtischen Athenäum unterrichtete ich damals bereits an der Miami University.

Dieses Angebot kam für mich völlig überraschend. Gerade als Geschichtslehrer im „Kolléisch“ angestellt, sollte ich gleich auch noch an einer zweiten Schule unterrichten, und das, obwohl es damals schon sehr renommierte Historiker in Luxemburg gab. Erschwerend hinzu kam der Umstand, dass an der Miami University Geschichte auf Englisch unterrichtet wurde, was mir, der sich als Schüler v.a. dem Studium der lateinischen und altgriechischen Sprache widmete, zunächst einmal Kopfzerbrechen bereitete. Ich musste meine Englisch-Kenntnisse also erst einmal auffrischen. Und im Januar 1969, vor 48 Jahren also, begann ich Geschichte an der Miami University in Luxemburg zu unterrichten. Nach meiner Rückkehr aus den USA trat der damalige Kulturminister Robert Krieps mit einem weiteren Anliegen an mich heran, und zwar, ob ich als Geschichtslehrer nicht bereit sei, für die Staatsarchive Tonaufzeichnungen mit Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs vorzunehmen. Fünf Jahre lang, von 1975 bis 1980, war ich teilweise von meiner Hauptbeschäftigung freigestellt, um für die Staatsarchive tätig zu sein.

fonction publique: Und 1980 waren erneut Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst...

Emile Haag: Richtig. Und in demselben Jahr verstarb der damalige „Kolléisch“-Direktor Joseph Poeker. Seinen Posten übernahm Henri Folmer, zuvor stellvertretender Direktor des Athenäums. Es ging nun darum, den freigewordenen Posten des stellvertretenden Direktors neu zu besetzen. Zwei

Tage vor Ablauf der Einschreibefrist trat Henri Folmer an mich heran und motivierte mich dazu, meine Kandidatur zu stellen. Die Entscheidung fiel mir nicht leicht. Zunächst hatte ich, wie eingangs erwähnt, unter den APES-Angehörigen ja nicht nur Freunde im „Kolléisch“. Ferner hätte ich damals die Möglichkeit gehabt, in die Vereinigten Staaten von Amerika zurückzukehren, um dort weiter Karriere zu machen. Aus persönlichen Gründen fiel dann meine Entscheidung, in Luxemburg zu bleiben. Und wenn ich schließlich für den frei gewordenen Posten des beigeordneten „Kolléisch“-Direktors kandidierte, so tat ich dies an allererster Stelle, um mich voll und ganz auf die Schüler und deren Bedürfnisse zu konzentrieren. Als Geschichtsprofessor unterrichtete ich mitunter in zwölf verschiedenen Klassen. Das Interesse an dem Posten des beigeordneten „Kolléisch“-Direktors war natürlich sehr groß. Letztlich fiel dann die Entscheidung zu meinen Gunsten aus. Und somit wurde ich im Jahre 1981 zum beigeordneten Direktor des hauptstädtischen Athenäums ernannt. Diesen Posten bekleidete ich zwölf Jahre lang, bevor ich 1993 schließlich Direktor wurde.

fonction publique: Im Jahre 1985 sind Sie ein erstes Mal in die Berufskammer der öffentlichen Bediensteten gewählt worden...

Emile Haag: Und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo ich für die Miami University Workshops in den USA leitete. Kein anderer als mein Schwiegervater rief mich damals an, um mir mitzuteilen, dass ich gewählt worden sei. Ich habe das zunächst für einen Scherz gehalten, derart überrascht bin ich gewesen. Aber nein: Er hatte wohl Recht. Und auf diese Weise wurde ich Mitglied der Berufskammer der öffentlichen Bediensteten.

fonction publique: Zum richtigen Durchbruch kam es allerdings erst fünf Jahre später, bei den Berufskammerwahlen von 1990...

Emile Haag: Zuvor, das muss im Jahre 1987 gewesen sein, führten wir die Verhandlungen mit der Regierung ganz im Sinne der Lehrerschaft. Im Gegensatz zur APES haben wir uns als FEDUSE dabei richtig hervorgetan. Das sollte sich bei den Wahlen im Jahre 1990 dann auch auszahlen. Auf Anhieb nämlich wurden drei Kandidaten der FEDUSE Générale in die Berufskammer gewählt. Jos. Daleiden übernahm damals den Vorsitz. Zehn Jahre später durfte ich denselben Posten des Präsidenten übernehmen. Zuvor aber wurde ich zum Vorsitzenden der Allgemeinen FEDUSE, später dann zum Nationalpräsidenten der CGFP gewählt. Nachdem zunächst die untere und dann die mittlere Laufbahn den Vorsitzenden gestellt hatten, kam der CGFP-Präsident nun erstmals aus den Reihen der oberen Laufbahn im Staatsdienst. Dadurch festigte sich auch das Verhältnis zu Jos. Daleiden, der ja nicht nur CGFP-Generalsekretär, sondern vor allem Initiator und Gründer der CGFP war. Aus gewerkschaftlichen Beziehungen wurde eine echte, dauernde Freundschaft.

fonction publique: Aber auch im „Kolléisch“ ist die Zeit nicht stehen geblieben...

Emile Haag: 1993, als der damalige „Kolléisch“-Direktor Henri Folmer in den Ruhestand ging, stellte sich in der Tat die Frage nach dessen Nachfolge.

fonction publique: Und der Posten wurde Ihnen zuteil...

Emile Haag: Ich erinnere mich noch genau. Der damalige Außenminister Jacques Poos war der erste, der mich zu meiner Ernennung beglückwünschte.



Mehr als langjährige Weggefährte, Freunde: CGFP-Ehrenpräsident Emile Haag und der langjährige CGFP-Generalsekretär Jos. Daleiden.

Und zwar am Vorabend des 4. Juli, am Rande der Feierlichkeiten zum amerikanischen Unabhängigkeitstag. Offiziell wusste ich zu dem Zeitpunkt noch nichts von meiner Ernennung. Sie können sich sicherlich vorstellen, wie überrascht ich damals war. Übrigens: In all den Jahren, in denen ich Lyzeumsdirektor und gleichzeitig Vorsitzender der FEDUSE bzw. der CGFP war, wurde nicht ein einziges Mal ein Professor benachteiligt, weil er etwa einer anderen Lehrergewerkschaft angehörte. Das begann bereits bei der Einstellungspraktik. Die Lehrer wurden eingestellt aufgrund ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten. Und nicht, weil sie Mitglied einer bestimmten Lehrergewerkschaft waren.

fonction publique: Auf gewerkschaftlicher Ebene wurde es insbesondere in den 90er Jahren richtig lebhaft. Wie haben Sie persönlich diese Zeit erlebt?

Emile Haag: Nachdem 1995 Staatsminister Jacques Santer als EU-Kommissionspräsident nach Brüssel berufen worden war, wurde Jean-Claude Juncker, damals noch Arbeitsminister, Premierminister. Doch bereits zuvor hatte sich Juncker schon mehrfach gegen das – wie es immer hieß – „privilegierte Pensionssystem“ im öffentlichen Dienst ausgesprochen. Die damalige Regierung verfolgte eine doppelte Zielsetzung: Unser Pensionssystem sollte zerschlagen und gleichzeitig der Mechanismus des Ausgleichs („péréquation“) abgeschafft werden. Und der damalige Koalitionspartner der CSV, die LSAP, ließ sich bedauerlicherweise zu deren Handlanger machen, statt sich zu profilieren und eine Lanze für den öffentlichen Dienst zu brechen.

fonction publique: Im Jahre 2000 traten Sie dann die Nachfolge von Jos. Daleiden als Vorsitzender der Berufskammer der öffentlichen Bediensteten an.

Emile Haag: Plötzlich war ich einer dreifachen Belastung ausgesetzt: Direktor des „Kolléisch“, Nationalpräsident der CGFP und Vorsitzender unserer Berufskammer. Eins möchte ich dabei allerdings hervorheben: Ich hatte das große Glück, mich in unserer „Chamber“ von Anfang an auf hochmotivierte Mitarbeiter wie Roger Nicolay und Georges Muller stützen zu können. Wir hatten stets ein hervorragendes Verhältnis zueinander. Selbst wenn ich die „Chamber“-Sitzungen präsidierte, haben sie im Vorfeld ganz viel Vorbereitungsarbeit geleistet. Gutachten, die einen direkten Bezug zum Bildungswesen oder darüber hinaus zum gesamtöffentlichen Dienst hatten, stammten allerdings zu großen Teilen aus meiner Feder. Erschwerend



Vor der CGFP-Vorständekonferenz vom 5. Dezember 2016 gab CGFP-Nationalpräsident Emile Haag seinen Abschied von der gewerkschaftlichen Bühne bekannt.

hinzukam der Umstand, dass der „Kolléisch“ damals, genauer gesagt 2003, sein 400-jähriges Bestehen feierte. Außer den Feierlichkeiten haben wir zu diesem Anlass vier Buchbände veröffentlicht, und später, nach den Festlichkeiten, kam noch ein fünfter hinzu. Auch das kam als zusätzliche Belastung dazu: Die Bücher mussten abgesetzt werden, es mussten Sponsoren gefunden werden. Kaum jemand kann sich vorstellen, wie zeitaufwändig dies alles war.

fonction publique: Als Meilenstein in der Geschichte der CGFP gilt auch das Jahr 2005...

Emile Haag: Im Jahre 2005, als sich Jos. Daleiden als CGFP-Generalsekretär zurückzog, ging es darum, einen würdigen Nachfolger zu finden. Über unseren damaligen Ersten Vizepräsidenten Pierre Tausch und Berufskammerdirektor Georges Muller traten wir mit Romain Wolff in Kontakt. Er übernahm drei Jahre lang das Amt des Vizepräsidenten und trat dann die Nachfolge von Jos. Daleiden als CGFP-Generalsekretär an. Es ging letztlich auch darum, eine gewisse Kontinuität sicherzustellen, insbesondere mit Blick auf die großen Prinzipien der CGFP. Gleichzeitig konnten wir Claude Heiser, zu dem Zeitpunkt Generalsekretär der FEDUSE, für die CGFP gewinnen. Er bekleidet bis heute das Amt des Ersten Vizepräsidenten. Somit waren die Weichen für eine gesicherte Zukunft gestellt.

fonction publique: Über welche Eigenschaften muss Ihres Erachtens ein erfolgreicher Gewerkschafter verfügen?

Emile Haag (überlegt): Wenn es auf einmal hart auf hart kommt, muss man auch den Mut haben, geradezustehen

und es darauf ankommen zu lassen. Genau das war Ende der 90er Jahre unsere Haltung, als das Pensionssystem im öffentlichen Dienst zerschlagen werden sollte. Die Streiks von damals, übrigens die einzigen im öffentlichen Dienst in den vergangenen 50 Jahren, haben zwei Dinge bewirkt: Zum einen sind die damalige Regierung und insbesondere der damalige Staatsminister letztlich nicht so weit gegangen wie ursprünglich geplant. Es ist uns also trotz allem gelungen, weiteren Schaden vom öffentlichen Dienst abzuwenden. Wir hatten es hier ganz klar mit einem vorläufigen Vertragsbruch der Regierung zu tun. Den anschließenden Prozess haben wir ja auch gewonnen. Das ist eine Sache. Und zum anderen haben aber auch diejenigen politischen Parteien, die uns diesen ganzen Schlamassel eingebrockt hatten, bei den anschließenden Wahlen die Quittung bekommen.

fonction publique: Welche Ereignisse kommen Ihnen noch in den Sinn, wenn Sie auf über 30 Jahre Gewerkschaftsarbeit zurückblicken?

Emile Haag: In lebhafter Erinnerung habe ich außerdem die noch nicht so weit zurückliegenden Verhandlungen ab dem Jahre 2010. Bereits im Vorfeld dieser Gespräche war laut geworden, dass die Einstiegsgehälter im öffentlichen Dienst um jeden Preis gekürzt werden müssten und wir bedeutende Einschnitte zu erwarten hätten. Aufgrund dieser mehr als fragwürdigen Ausgangsposition haben die Verhandlungen unheimlich lange gedauert. Am Ende haben wir es dennoch geschafft, dass die eigentlichen Anfangsgehälter bei der Festanstellung unangetastet geblieben sind. Stattdessen wurde eine Kompromisslösung für

die im Zuge der Dienstrechtsreform auf drei Jahre ausgedehnte „Stage“-Zeit angestrebt und – so sah es zunächst aus – scheinbar auch gefunden. Dennoch, und ich sage es zum wiederholten Mal: Zu einer Herabsetzung der Anfangsgehälter – Grundgedanke der damaligen Regierung – ist es letztlich nicht gekommen. Ferner sollte das Praktikum grundlegend reformiert werden. Und dazu ist es offensichtlich auch nicht gekommen. Weder die damalige noch die heutige Regierung hat sich in dem Punkt strikt an die Abmachungen gehalten. Ich darf daran erinnern, dass wir es von Anfang an kategorisch abgelehnt haben, dass Praktikanten auf diese Weise zu günstigen Arbeitskräften würden. Und darum kann ich die jüngst von Seiten der CGFP geäußerte Forderung, die ohnehin zweifelhafte 80/80/90-Regelung schleunigst wieder abzuschaffen, auch nur voll und ganz unterstützen.

fonction publique: Vor der CGFP-Vorständekonferenz im vergangenen Dezember haben Sie Ihren Abschied von der gewerkschaftlichen Bühne bekanntgegeben. Auf ein persönliches Abschiedsgeschenk wollten Sie allerdings verzichten...

Emile Haag: Ich habe die Geste von Seiten der CGFP ausdrücklich begrüßt und möchte mich an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bedanken. Wie bereits anderweitig angekündigt, habe ich den Gesamtbetrag, den mir die CGFP als Abschiedsgeschenk zukommen ließ, integral an eine Wohltätigkeitsvereinigung weitergeleitet, und zwar an die SOS Kinderdörfer.

fonction publique: Rückblickend gefragt: Würden Sie das Ganze noch einmal tun?

Emile Haag (schmunzelt): Ich möchte dazu Folgendes sagen: Als Lehrer, ja als Professor geht man einer großartigen Beschäftigung, ja, eigentlich einer Berufung nach. Insofern würde ich den Lehrerberuf sicherlich noch einmal ergreifen. Ich bleibe allerdings der Auffassung, dass man sich ebenso die Frage stellen sollte, auf welche Weise man auch noch für seinen Berufsstand Verantwortung übernehmen kann. Die Antwort darauf liegt ganz klar in der Gewerkschaftsarbeit. Um es also auf den Punkt zu bringen: „Si c'était à refaire, je le referais“ – Könnte ich noch einmal von vorne beginnen, würde ich es wieder tun.

fonction publique: Herr Haag, haben Sie vielen Dank für dieses Gespräch.

Interview: F.P.




Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP – die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Alternative Fakten zu Wirtschaft und Finanzen

Unsere Volkswirtschaft boomt und die Staatsverschuldung sinkt

Dass es dem Land derzeit gut geht, das betonte der Staatsminister ausgiebig, zusammen mit seinem Wirtschafts- und seinem Finanzminister, anlässlich der Rede zur Lage der Nation und in der anschließenden Parlamentsdebatte. Diese Feststellung ist objektiv korrekt: Unsere Wirtschaft brummt wie keine andere in Europa. 2016 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um +4,2%. Und vom stets übervorsichtigen Stategen für das laufende Jahr +4,4% angesagt und für 2018 sogar +5,2%. Ein äußerst bemerkenswertes Tempo, welches das Doppelte und das Dreifache des europäischen Durchschnitts übersteigt.

Wenn nun die Regierung aber die Verdienste am hohen Wachstum für sich beansprucht, vielleicht nicht gerade alle Verdienste, aber doch die allermeisten, so zeugt dies zweifellos von einer gewissen Dreistigkeit, um nicht mehr zu sagen. Tatsache ist ja, dass in der jüngsten Vergangenheit die Austeritäts-Maßnahmen des ominösen „Zukunftspaketes“ mit ihren Steuererhöhungen und ihren Ausgabenkürzungen eine enorme Konjunkturbremse dargestellt haben!

Die nationale Wirtschaft hat an Fahrt gewonnen, obschon die Regierung massiv auf die Bremse trat, und zweifellos nicht, weil hier gebremst wurde. Dass dieser offensichtliche Umstand aber derzeit nicht von der Opposition hervorgehoben und ausgenutzt wird, das wiederum hat natürlich auch seine guten Gründe.

Falsche und noch fälschere Politik

Haben diese Kreise ihrerseits doch jahrelang der Regierung vorgeworfen, sie lasse sträflicher Weise aus mangelnder Energie und Fähigkeit die Staatsfinanzen verlottern! Ein kaum verdienter Tadel für Luxemburg, den europäischen Musterschüler in Sachen Staatsfinanzen, mit seinen ständigen AAA-Bestnoten. Ganz im Gegenteil hätten Opposition und Presse die übertriebene offizielle Sparpolitik und die ungenügenden Infrastrukturinvestitionen als einen schweren politischen Fehler mit bedauerlichen volkswirtschaftlichen Konsequenzen brandmarken müssen.

Die Bürger können sich somit nicht über den bedauerlichen Kurs der derzeitigen Regierung ärgern, ohne gleichzeitig festzuhalten, dass die parlamentarische Opposition in dieser Angelegenheit eine noch üblere Strategie befürwortete. Die gesamte politische Klasse und mit ihr die Politpresse haben es unterlassen, die tatsächlichen Daten der Staatsfinanzen zur Kenntnis zu nehmen und sie intelligent zu interpretieren. In ihrem Pessimismus haben sie auch vergessen die belobigenden Zensuren der Ratingagenturen und anderer internationaler Juroren, wie etwa des IWF, zu lesen.

Sie sind vielmehr jener schrägen Lektüre gefolgt, welche die Austeritäts-Befürworter von der Lage lieferten, eine Clique, die mit der Verbreitung ihrer Thesen lediglich die eigenen profitmaximierenden Interessen verfolgte und keineswegs, wie behauptet, das Allgemeininteresse. Der Eindruck, es gehe dem Land schlecht, war ja wesentlich vermittelt worden, um die Forderung nach Sozialabbau zu begründen.

Sozialabbau wegen falscher Zahlen

Die schlimme Konsequenz der pessimistischen Thesen, die sich in der veröffentlichten Meinung durchsetzen konnten, war, dass jahrelang viele Verhandlungen und der gesamte Sozial-Dialog mit falschen Zahlen auf dem Tisch geführt wurden. War es nicht beispielsweise mit Hinweis auf die angeblich anhaltende Konjunkturschwäche und eine sich daraus ergebende, unweigerliche Explosion der Staatsschuld, dass das

Koalitionsabkommen einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst bis zum Ende der Legislaturperiode verfügte?

Diesen Entschluss fasste man Ende 2013, als für die Jahre 2013 und 2014 offiziell ein reales BIP-Wachstum von jeweils nur +2,0% und +2,7% erwartet wurde. In Wirklichkeit betrugen, wie wir heute wissen, die entsprechenden jährlichen Wachstumsquoten schließlich +4,0% und +5,6%, das Doppelte und mehr als das Doppelte.

Dass für die Staatsdiener schließlich vor Ende der Legislaturperiode nun doch noch ein Plus in der Lohntüte herauskam, das ist ausschließlich dem gewerkschaftlichen Druck der geeinten und stets solidarischen öffentlichen Funktion zu verdanken.

Ein schräger Sozialdialog

Für die laufende Legislaturperiode insgesamt wird es – nach den bisher festgestellten Wachstumsquoten von 2014 bis 2016 und den offiziellen (erfahrungsgemäß sehr vorsichtigen) Stategen-Prognosen für 2017 und 2018 – ein kumulatives reales Wirtschaftswachstum von insgesamt +25,7% in 5 Jahren geben. Angesichts dieser Realität war der damals angesagte fünfjährige Lohnstillstand außer einer argen Provokation gegenüber dem Sozialpartner vor allem auch eine krasse politische Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage.

Eine ziemliche Unverschämtheit seitens der Regierung ist es jedoch, nun so zu tun, als sei damals nicht vorherzusehen gewesen, dass sich die Dinge so positiv entwickeln würden. Diesbezüglich nämlich hatte „fonction publique“ immer wieder, genau wie übrigens auch die CGFP und die Staatsbeamtenkammer in ihren jährlichen Budgetgutachten, nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die amtlichen Prognosen zur Konjunkturentwicklung enorm unterbewertet waren, wie auch die strukturelle Gesundheit und die robuste Solidität der Wirtschaft verkannt wurden, und dass deswegen die Lage der Staatsfinanzen ständig total falsch eingeschätzt wurde.

Unsere damals mit konkreten Fakten belegte Position wurde hartnäckig von der Presse ebenso ignoriert wie von der Regierung und den parlamentarischen Fraktionen. Bezüglich der staatlichen Finanzlage verweigerte man eine intelligente Analyse der tatsächlichen Zahlen, indem man sich auf die vorgeblich sachkundigen Thesen der Think Tanks und Spindeldoktoren aus den Kreisen der Unternehmerlobbyisten berief.

Enorme Expansion

Das Mainstream-Denken war im Irrtum und wollte auch im Irrtum verharren. Was wir damals behauptet haben, sind heute erwiesene Fakten. Nachstehend die Entwicklung des Luxemburger Bruttoinlandsproduktes (BIP) mit einem Vergleich zum entsprechenden Wachstums-Durchschnitt im Euro-Raum, wie sie von Stategen und Eurostat/

EU-Kommission festgestellt wurden, beziehungsweise(*) für dieses und nächstes Jahr prognostiziert werden.

Jahr	Luxemburg	Euro-Zone
2013	+4,0%	- 0,3%
2014	+5,6%	+1,2%
2015	+4,0%	+2,0%
2016	+4,2%	+1,8%
2017*	+4,4%	+1,7%
2018*	+5,2%	+1,8%

Für die angeführten 6 Jahre ergibt sich für unser Land ein kumulierter (realer und inflationsbereinigter) ökonomischer Zuwachs von +30,7% oder ein mittleres Jahreswachstum von +4,48%, gegenüber einem Durchschnitt in der Eurozone von +8,5% in 6 Jahren oder von +1,36% pro Jahr. Somit stellt das Luxemburger Realwachstum im Trend nicht das Doppelte des europäischen Tempos dar, nicht das Dreifache, sondern das 3,6-Fache!

Fundamentale Stärke

Damit sind wir wohl noch nicht ganz bei dem historischen +5%-Trend der Vorkrisen-Zeit angekommen. Aber konjunkturell wie strukturell ist ja das internationale Umfeld heute auch noch ein ganz anderes, weil weite Teile Europas sich noch schwer tun mit dem Aufschwung.

Der bemerkenswerte Unterschied zwischen der Luxemburger Expansion und der Entwicklung bei den Nachbarn, Partnern und Konkurrenten wird aus dem untenstehenden Schaubild ersichtlich, welches aufzeigt wie seit 2013 unser Bruttoinlandsprodukt zum Himmel schießt, während das übrige Europa vor sich hindümpelt. Das Diagramm verdeutlicht im Übrigen auch, wie stark Italien und Griechenland abgefallen sind und wie langsam sie sich erholen.

Verglichen mit der jeweiligen nationalen Lage vor der Krise, also beispielsweise im Rechnungsjahr 2007, wird Luxemburg im Jahre 2018 das Niveau 132,1 erreichen, gegenüber jeweiligen Niveaus von 111,3 für Deutschland und von 106,8 für die gesamte Euro-Zone. Die Diskrepanz könnte wahrlich nicht größer sein.

Die fatalen Diagnosen

Die Freude über die guten Zahlen aber darf uns nicht daran hindern, uns noch kurz mit den bisher vorgeschobenen Zahlen zu befassen, die nicht nur unerfreulich waren, sondern vor allem nicht korrekt, und daher arg irreführend.

Das Wachstum des Jahres 2014, das schließlich (nach den heutigen letzten Erkenntnissen jedenfalls) +5,6% erreichte, wurde im Laufe von 2014 auf nur +2,9% geschätzt, nach Jahresabschluss dann im Juni 2015 auf +3,1% und im November 2015 auf +4,1%, im November 2016 dann auf +4,7% und, wie gesagt, heute auf +5,6%. Und diese nachträglichen Anhebungen geschahen nicht etwa, weil die vorjährige Vergleichsbasis ge-

schumpft wäre, denn die Leistung des Geschäftsjahres 2013 wurde seinerseits parallel dazu von +2,0% auf +4,0% aufgebessert.

Wegen dieser ständigen deutlichen Schiefelage bei den amtlichen Schätzungen wird nämlich seit Jahren ein korrektes Bild der tatsächlichen Entwicklung erst mit einem zu hohen zeitlichen Abstand erkennbar. Das ist einfach nicht hinzunehmen, weil durch diese Desinformation allen sozialen wie politischen Debatten und Verhandlungen von großer Tragweite die verlässliche numerische Grundlage entzogen wird.

Hochwissenschaftliche Falschrechnungen

Hier angeführten Zahlen sind alle den jeweiligen sukzessiven Stategen-Konjunkturnoten entnommen und somit leicht nachprüfbar. Dabei sind derartig massive nachträgliche Anhebungen der Wachstumsrate für jedes rezente Kalenderjahr festzustellen. Die eine oder andere Anpassung nach unten gab es nur bei einer gleichzeitigen Anhebung der Vergleichsbasis, also des Niveaus des Vorjahres. Wie es eine eigene Untersuchung der Stategen-Fachleute zeigt, stellte der offengelegte Fehler dabei stets eine Unterschätzung der Realität dar, mit einer einzigen Ausnahme, dem gänzlich unvorhersehbaren Einbruch der Wirtschaft in der 2008-er Banken- und Finanzkrise.

Wir unterstellen hier den Stategen-Computern natürlich nicht, defekt zu sein oder bewusst und gewollt falsch zu addieren. Man kommt aber einfach nicht umhin festzuhalten, dass die ganze hochgelehrte Rechnerei systematisch zu gänzlich unbrauchbaren Ergebnissen führt. Weswegen auch immer. Aber stets mit durchaus ernsthaften sozialen Konsequenzen.

Dass in unserer kleinräumigen Ökonomie die Ausgleichsmechanismen der „Loi des grands nombres“ nicht greifen können, das ist uns aber einfach kein Trost. Einen reinen Unfug stellen vor allem die konjunkturellen Quartalsdaten dar, die der Stategen durch internationale Auflagen gezwungen ist zu veröffentlichen, mit hohem Zeitdruck und gegen besseres Wissen.

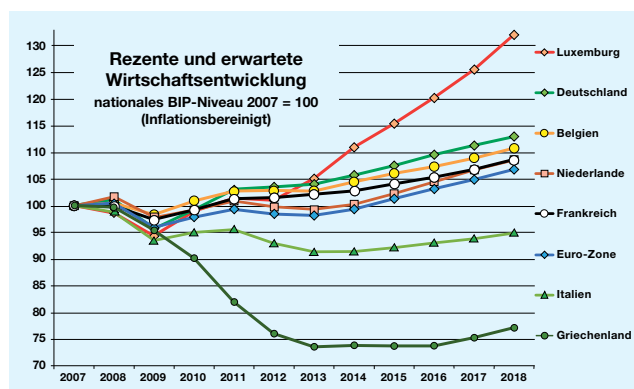
Fehlersuche

Wahrscheinlich liegt das Problem teilweise bei den superklugen und extrem detaillierten EU-Vorgaben, die nicht an unsere konkrete Lage angepasst sind und deswegen derartige Absurditäten produzieren. Ein anderer Grund ist wohl, dass die Daten der reifen und daher weniger schnell wachsenden Sektoren mit einem leistungsfähigen Meldewesen – wie Banken und Industrie – prompt erfasst werden können, während die wachsende Leistung der dynamischeren Bereiche (Start-ups, Fintechs, Financial engineering, etc.) erst mühsam und zeitraubend ergründet werden muss.

Weil aber die Fehleinschätzung so persistent und systematisch ist, müsste es doch möglich sein, neben dem total genormten, dafür aber irreführenden Zahlensalat, der international abzuliefern ist, eine sinnvolle Variante für den Hausgebrauch zu erstellen, nach dem Motto „Plus 2% nach internationalem Standard ergibt voraussichtlich am Ende plus 4% real“, wobei man als Korrekturfaktor die historisch festgestellte Abweichung benutzen könnte.

Klammheimliche Korrektur

Wenn die Regierung sich heute über die derzeitige Wirtschaftslage freuen kann und jetzt, mit dem Herannahen der nächsten Wahltermine, das nicht zu leugnende Wachstum auch offen anerkennt, wohl auch, um die wieder gewonnene Spenderfreudigkeit zu rechtfertigen, so unterlässt sie es gleichzeitig aber klar einzugestehen, dass der starke



Aufschwung der Wirtschaft nunmehr bereits seit über 4 Jahren andauert.

Eine offensichtliche Tatsache, die gegenüber dem Normalbürger in eher sträflicher Weise verschwiegen wird. Die Leute könnten ja vielleicht erkennen, dass der Aufschwung bereits bestand vor Antritt der neuen Regierung und somit eindeutig kein Ergebnis von Zukunftspaketen und Sparpaketen ist.

Wer die heutige Lage in ihrer Natur korrekt verstehen will, darf nicht übersehen oder verschweigen, dass es auf politischer Ebene zu einer historischen Fehldiagnose gekommen ist. Und so darf man vor allem, wenn man den massiven Aufschwung mit ein paar Sätzen erwähnt, in einer Rede des Staatsministers oder in einigen Konjunkturanalysen und Meldungen nach Brüssel, dabei nicht die Tatsache verschweigen, dass er nun bereits seit 5 Jahren anhält.

Dies ist ein wichtiger struktureller Faktor, der gebührend in die öffentliche Meinungsbildung einzufließen hat, weil er in den Konjunktur- und Strukturentscheidungen vollumfänglich zu beachten ist. Und daher ist es auch eine regelrechte Schande, auf welche Weise das Luxemburger Volk nur verspätet, nachträglich und eher beiläufig erfährt, dass der reale, inflationsbereinigte jährliche Aufschwung unserer Wirtschaft seit 2013 ununterbrochen bei 4% oder darüber lag.

Eine Langzeit-Perspektive

Diesbezüglich muss hier daran erinnert werden, dass vor Jahren die Zielsetzung festgehalten wurde, das Land brauche auf der Ebene seines BIP einen dauerhaften langjährigen Wachstumstrend von mindestens 3,5% (erforderlich, um die sozialpolitische Nachhaltigkeit sicherzustellen) oder besser noch einen solchen von 4% (erforderlich, um die Arbeitslosigkeit graduell abzusenken).

Die Patronatssprecher erklärten uns in der damaligen Debatte immer wieder, diese Objektivität seien unerreichbar ohne einen vorherigen massiven sozialen Kahlschlag. Jetzt aber ist dieses Ziel wieder dauerhaft erreicht, obschon das Land auf die verlangte Austeritäts-Roskur verzichtet hat.

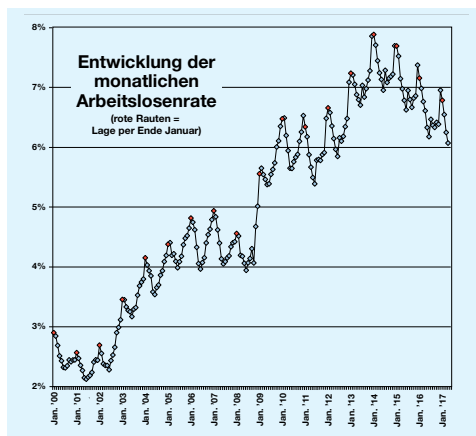
Offensichtlich zeitigt die solide Wachstumsquote eine generelle Erholung der sozialen Lage und bedeutende gesellschaftliche Veränderungen. Seit Anfang 2015 sinkt die Arbeitslosenzahl, zum ersten Mal seit über einem Dutzend Jahren, und die Zahl der Arbeitsuchenden ist in den letzten 3 Jahren um 12% oder über 2.000 Personen zurückgegangen. Die obenstehende Graphik verdeutlicht aber auch, dass es selbst beim heutigen Expansions-Rhythmus noch ein weiter Weg bis zur Vollbeschäftigung ist.

Der Preis des Wachstums

Was wir hier bedauern ist nicht, dass ein offensichtlicher Erfolg ungenügend gefeiert würde, sondern vielmehr, dass aus der öffentlichen Debatte Fakten ausgeklammert werden, die sehr zukunftsrelevant sind. Die politisch Verantwortlichen übersehen ganz offensichtlich, dass die schöne Medaille eine Kehrseite hat, und dass die galoppierende Wirtschaftsexpansion und die demographische Explosion, die sie begleitet oder aus ihr resultiert, einen hohen Tribut von uns fordern, den wir unweigerlich zahlen müssen.

Wenn die Politiker es weiterhin nicht schaffen, unsere nationalen Strukturen an die neuen Gegebenheiten und ihr Tempo anzupassen, also etwa die Verkehrsinfrastrukturen zu beschleunigen und den Immobilienbestand auszuweiten, dann müssen alle Bürger des Landes den Preis dafür zahlen, nicht zuletzt in Form eines immer ärgeren Verkehrsinfarktes und immer höherer Wohnungspreise.

Und hier geht es nicht nur um die Lebensqualität der Einwohner, denn nach und nach wird auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes durch diese Übel beeinträchtigt werden. Wer zu spät und zu langsam zu wenige Straßen und Eisenbahnen baut – oder Gefängnisse,



Industrie- und Handwerkszonen oder was auch immer – der sollte nicht von Nachhaltigkeit sprechen. Den höchsten Schadstoffausstoß pro Kilometer haben doch eindeutig jene Autos, die im Stau stehen.

Enttarnung der falschen Propheten

Offensichtlich stellt keine nennenswerte politische Kraft in diesem Land – außer dem hierbei reichlich isolierten MouvéCo – die derzeitige Wachstums- politik in Frage, obschon es sehr legitim sein könne dies zu tun. Jene aber, die diese Strategie doch ärgert, beschränken sich schäbiger Weise darauf, die unbedingt erforderlichen Anpassungen konkret zu sabotieren. Wer aber das extreme Wachstum explizit oder implizit in Kauf nimmt, der müsste logischerweise auch bereit sein, die Voraussetzungen dafür hinzunehmen. Alles andere ist eine intellektuelle Unehrlichkeit, die einer sinnvollen Politik schadet.

Dass der seit 2013 bestehende rasante Aufschwung öffentlich weitgehend verschwiegen oder systematisch heruntergespielt wird, das hat auch damit zu tun, dass diese Wahrnehmung im sozial- und finanzpolitischen Diskurs einigen einflussreichen und meinungsmachenden Strippenziehern nicht gefällt. Ganz einfach, weil die Gesundheit der Wirtschaft das arbeitende Volk bekanntlich zu sozialen Forderungen verleitet.

Während der Krise und der Rezession hatten die vorgeblich allwissenden Chefökonom der Patronatslobby uns davon zu überzeugen versucht, es sei unverantwortlich, ja schier verrückt, darauf zu hoffen, unsere Wirtschaft könne nach Ende der Krise je wieder, wie vor ihrem Einbruch, das doppelte Wachstum des europäischen Durchschnitts erreichen.

Keine Reue zu erwarten

Hätte man auf ihre Kassandragesänge gehört, und hätte man zur Rettung von Produktivität, Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit – wie von ihnen gefordert – unsere Lohnindexierung und den Mindestlohn abgeschafft und alle erdenklichen Sozialleistungen drastisch gekürzt, dann wäre allerdings, mit der schrumpfenden Kaufkraft der Haushalte, unsere Binnenwirtschaft womöglich in eine lange Rezession gefallen.

Die Gewerkschaftswelt aber erlaubt es den zuständigen Politikern nicht, in dieser Hinsicht nachzugeben. Es gab wohl mehrere bedauerliche fiskal- und budgetpolitische Maßnahmen, doch die arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Extremforderungen des Patronats wurden verworfen. Und dennoch brachte die antizyklische Haushaltspolitik mit moderaten Budgetdefiziten schnell eine graduelle und solide Erholung der Produktion, des Arbeitsmarktes und der Staatsfinanzen, genau wie wir es vorhergesagt hatten.

Eine Hoffnung?

Von den professionellen Krisendramatikern erwarten wir natürlich nicht, dass sie jetzt eine öffentliche Beichte ablegen und sich Asche auf das Haupt streuen. Aber vielleicht sehen sie zumindest per-

sönlich ein, dass ihr Diskurs von gestern schließlich so unglaublich gewirkt hat, dass sie auf absehbare Zeit darauf verzichten werden. Dann würde auch vielleicht der Luxemburger Sozialdialog wieder möglich.

Dieser kam uns ja nur abhanden wegen der Enormität und Absurdität der Positionen gewisser Patronatsvertreter. Aber vielleicht zerbröckelt ja auch die Einheitsfront der Arbeitgeber, nachdem Handwerk und Handel einzusehen beginnen, dass es nicht in ihrem Interesse ist, die staatlichen Investitionen und die Kaufkraft der Lohnabhängigen abzuwürgen, nur wegen der Profitgier von Fedil und ABBL.

Wie übertrieben das Wettbewerbslamento der Lobbyisten aber war, das erweist sich allein schon dadurch, dass seit Beginn der Krise Ende 2008 hierzu- lande 78.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden, dass die Zahl der Grenzgänger um 35.500 zulegte und die Bevölkerung des Landes um 97.000 Personen wuchs.

Heute arbeiten bei uns 125% Menschen mehr als vor 25 Jahren oder dreimal so viele wie vor 40 Jahren. Und die Bevölkerung, die im Frühjahr dieses Jahres die 600.000-er Grenze überschreiten wird, hat sich in 60 Jahren verdoppelt.

Das Märchen vom Finanzsumpf

Ohne Spar- und Steuerpakete gehe in Luxemburg die Welt unter: Das war in den letzten Jahren die Theorie der Regierung, und gegen das Sparen an sich hat sich – abgesehen von den Linken und Kommunisten – auch keine politische Stimme erhoben. Die Austerität wurde angefacht durch jene, die offen zwar nur einen schlanken Staat einfordern im allgemeinen Interesse, sich tatsächlich aber einen schwachen Staat wünschen in ihrem eigenen Interesse.

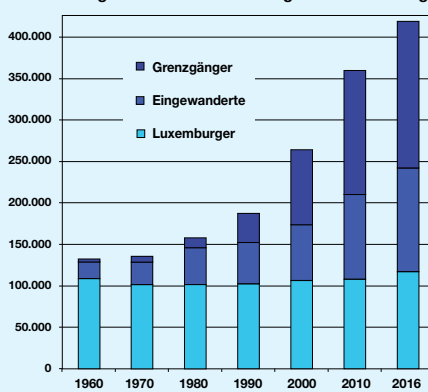
Die CGFP widersetzte sich dem angestrebten Sozial- und Staatsabbau. Schließlich beschränkte man sich eher darauf, dem schaffenden Volk Opfer aufzuerlegen und dem Land einen Teil der dringend erforderlichen Investitionen in die unzureichenden Infrastrukturen zu verweigern.

Rückblickend kann man nämlich feststellen, dass es eigentlich nicht sehr weit her war mit dem realen Sparwillen gegenüber den unnützen Ausgaben für die politische Klientel. Bei den laufenden Ausgaben beließ man es, abgesehen von den Opfern für den öffentlichen Dienst, bei einigen Schritten, die nur als Augenwischerei gelten können. Nennenswerte Senkungen der Ausgaben verwirklichte man nur dadurch, dass man Investitionen zeitlich streckte und in die Zukunft verlagerte. Und dies mit argen Konsequenzen, wie wir unterstreichen müssen.

Politische Thesen

Jetzt gibt zumindest die Regierung zu (gewisse Oppositionskräfte bezweifeln das auch weiter, entgegen der Faktenlage), dass sich die Staatsfinanzen ständig verbessern. Sie behauptet aber, dass sei nur ihrem Handeln zu verdanken,

Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in Luxemburg



was wir energisch bestreiten müssen. Gewiss bringen die Steueranhebungen Geld herein, und das Hinauszögern der Investitionen hat vorübergehend Ausgaben eingespart, es bleibt aber zu beweisen, dass diese Politik der staatlichen Kassenlage mehr eingebracht hat als ihr das ominöse Zukunftspaket gekostet hat, indem es den wirtschaftlichen Aufschwung nachhaltig abbremsste und somit das natürliche Anwachsen der Staatseinnahmen drosselte.

Aber das ist eine Diskussion, bei der es schwer ist, Beweise zu erbringen und die auch im Übrigen zu nichts führt. Wichtig ist hingegen festzuhalten, wo wir heute stehen. Wie die Graphik auf Seite 9 links oben verdeutlicht, haben unsere Staatsfinanzen seit der Schaffung des Euro und berechnet nach der famosen Maastricht-Formel nur 3 Mal ein moderates Jahresdefizit ausgewiesen (2004 mit 1,3% und 2009 und 2010 mit jeweils 0,7%), stets deutlich entfernt vom erlaubten Maximum von 3% des BIP. In diesem Zeitraum hat Frankreich beispielsweise keinen einzigen Jahresüberschuss, sondern ausschließlich Defizite produziert, und vor allem jenseits der Maastricht-Grenze.

Verkannte Gesundung

Seit 2011 weist Luxemburg ein Haushaltsüberschuss aus; die Defizit-Hysterie aber hielt an mitsamt ihren Zukunftspaketen. Und selbstverständlich ist auch die Staatsschuld seit Jahren auf dem Rückmarsch. Ende 2016 erreichte sie nur noch 20,0% des Bruttoinlandsproduktes, gegenüber noch 23,4% 3 Jahre früher. (Siehe dazu die Graphik auf Seite 9 rechts oben.) Aber niemand sagt es uns. Nur weil niemand es so genau wissen konnte? Denn dass das BIP so stark angewachsen war, das wusste ja bis vor kurzem niemand. Aber nur, weil man es eben nicht wissen wollte.

Während die Wirtschaft noch darauf wartet, dass die Roboter und ihre angeblich „Künstliche Intelligenz“ nach und nach das Kommando übernehmen, ist in unserer Politik dieser Schritt offensichtlich längst getan: Die Computer und ihre Algorithmen schaffen es, uns total zu desinformieren. Und die politisch Verantwortlichen basieren ihr Handeln unkritisch auf den Zahlenwust, den die Computer ausspucken. Seit 4 Jahren leben wir in einer Hochkonjunktur, und die Pakete-schnürende Regierung merkt dies erst jetzt, mit größter Verspätung.

Falscher Vorwand für eine Lastenverschiebung

Eine der größten Fehlprognosen, welche die Politik uns in diesem Zusammenhang vorlegte, war der angebliche 700-Millionen-Euro-Ausfall an Mehrwertsteuern beim elektronischen Handel für das Jahr 2015, der als Alibi für die bedauerliche TVA-Erhöhung herhielt. Wir haben damals betont, diese Zahl sei maßlos übertrieben, was sich dann auch so bewahrheitet hat.

2015 brachte der elektronische Handel nämlich über 220 Millionen Euro oder 65% mehr an Mehrwertsteuern ein, als im entsprechenden Haushaltsgesetz vorgesehen war. Damit ist jedoch das



Des projets à l'horizon?

Contactez-nous et découvrez nos conditions exceptionnelles

Solde Restant Dû

pour investir en toute sécurité.

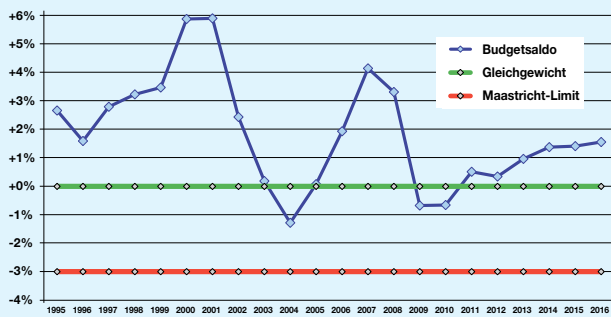
Making you safer.
www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: +352 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Alternative Fakten zu Wirtschaft und Finanzen

Luxemburger Budgetsaldo gemäß Maastricht-Rechnung (in % des BIP)



Alibi für die ominöse TVA-Anhebung geplatzt. Weil aber am Ende einer Übergangsfrist die TVA-Einnahmen auf dem elektronischen Handel mit ausländischen Kunden tatsächlich auf null hinauslaufen werden, wird der entsprechende Ausfall schon in voller Höhe stattfinden, nur tat er das nicht 2015, als man ihn als Vorwand brauchte für eine dauerhafte Verschiebung der Steuerlast von den (TVA-zahlenden) Familien und Haushalten auf die (Mehrwertsteuerbefreiten) Unternehmen.

Gleichzeitig gab es hier eine weitere Umverteilung von unten nach oben, weil die „kleinen Leute“ den Großteil ihrer Einkünfte für ihren (TVA-belasteten) Lebensunterhalt ausgeben müssen, während die Millionäre davon viel weniger betroffen sind. Die Mehrwertsteuer ist ja bekanntlich keine progressive, sondern eine regressive Steuer, eine antisoziale Steuer.

Zu zögerliche Investitionen

Aber auch ansonsten ist der falsche finanzpolitische Kurs nicht etwa bloß

eine kleine theoretische und folgenlose Verirrung, vor allem wegen der ungenügenden Ausgaben in die strukturellen Anpassungen. Wenn künftig die Preissteigerungsrekorde der Vergangenheit im Bereich der Wohnungskosten noch übertroffen werden, so ist dies keine Strafe Gottes, sondern es ist lediglich die logische Konsequenz der grob fahrlässigen Unterschätzung der Bedürfnisse, des realen Wirtschaftswachstums und der tatsächlichen demographischen Entwicklung durch die sukzessiven politischen Entscheidungsträger des Landes.

Was man seit vielen Jahren als eine einfach nicht zu bewältigende Aufgabe hinstellt, ist das nur das Zeugnis von unfähigen politischen Akteuren? Oder vielleicht doch auch ein gewolltes Ergebnis? Gibt es in diesem Land nicht einfach zu viele Leute, die sich massiv und extrem leicht an der Immobilieninflation bereichern können?

Gleichzeitig schafft es der Verkehrsschub, von Jahr zu Jahr noch zähflüssiger

zu werden, nicht bloß in den Spitzenzeiten. Offensichtlich, weil alle diesbezüglichen Projekte, ob bei der Straße oder der Bahn, einfach zehn Jahre zu spät angegangen werden. Da jeder sehr wohl weiß, wie lange unsere Prozeduren dauern, kann man diese doch beim besten Willen nicht als eine Überraschung durchgehen lassen.

Fake news

In Sachen Staatsfinanzen dann noch eine Schlussbemerkung, zu einer Legende und Lüge. Die Patronatsfunktionäre zeichnen die Karikatur des fetten und immer schwerfälligeren Staates, den der angeblich allein produktive Privatsektor bald nicht mehr fähig ist zu tragen. In Wirklichkeit ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Total des BIP eindeutig rückläufig, wie es die offiziellen amtlichen Berechnungen nach europäischer SEC-Norm belegen.

Für den Gesamtstaat samt Sozialversicherungen und Gemeindefonds ist dieser Anteil von 45,1% im Jahre 2009

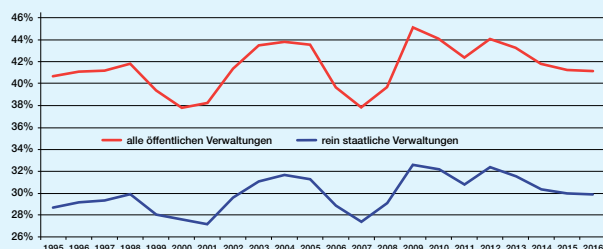
auf 41,2% im Rechnungsjahr 2016 geschrumpft, und gleichzeitig für die rein staatliche Zentralverwaltung von 32,6% auf 29,9%, wie wir es graphisch belegen.

Zugleich ist in den Staatskonten der Anteil der Personalkosten eindeutig rückläufig. Beim Zentralstaat sank er beispielsweise von 23,9% im Jahre 1995 über 22,9% per 2001 auf nur noch 20,8% im letzten abgelaufenen Jahr.

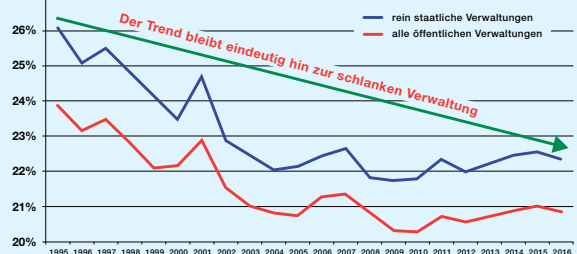
Ungerechtfertigt sind somit die hasstriefenden Diatriben, denen das Luxemburger Wort so großzügig und regelmäßig seine Leserbriefseiten öffnet, und welche eindeutig den Tatbestand einer populistischen Volksverhetzung erfüllen. Aber im Zeitalter des schrillen Infotainment fühlt sich die Presse ja nicht mehr in der Pflicht, den extremistischen Hetzern den Weg zu versperren. Wie sich ein solches unverantwortliches Vorgehen aber künftig rächen wird, das haben andere Länder ja bereits erleben müssen.

Paul Zimmer

Öffentliche Ausgaben in % des Bruttoinlandsproduktes



Personalkosten der Verwaltung in % der jeweiligen Gesamtausgaben



Berichtigung zu unserem Artikel über die neuen Steuerbestimmungen

Ein sehr aufmerksamer Leser – dem wir dafür danken – hat uns darauf hingewiesen, dass in unserem Artikel „**Zahlen Sie auch zu viele Steuern?**“ in unserer vorigen Ausgabe unter der Unterschrift *Subventionen für Umweltausgaben* das hybride Auto mit dem wasserstoffbetriebenen Auto (voiture à hydrogène) verwechselt wurde und es somit hingestellt wurde als ein Fahrzeug, das zu einem Steuerfreibetrag von 5.000 Euro berechtigt. Dies ist jedoch nicht der Fall, da der Steuerfreibetrag für Privatfahrzeuge nur emissionsfreie Fahrzeuge betrifft, also

entweder rein elektrisch betriebene oder aber wasserstoffbetriebene Fahrzeuge (voiture à hydrogène). Wir entschuldigen uns bei unsern Lesern.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass es auf der Internetseite des Verkehrsministeriums, bezüglich des Teilbereichs „nachhaltige Mobilität“ der Steuerreform, eine Frage-und-Antwort-Rubrik (FAQ) gibt, auf der elektronischen Adresse:

<http://bit.ly/2ngzh3k>



<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:

www.cgfp.lu

Nachgefragt

„Die gerechteste Steuerreform aller Zeiten“

Finanzminister Pierre Gramegna im „fp“-Gespräch

fonction publique: Herr Minister Gramegna, mit dem Steuerjahr 2017 trat auch die Steuerreform in Kraft, nach Darstellung der Regierung eine Reform, die grundsätzlich auf breite Zustimmung stoßen müsste, weil letztlich jeder davon profitiere...

Pierre Gramegna: Ich möchte erst einmal daran erinnern, dass wir bei der Ausarbeitung der Steuerreform vor gut zwei Jahren zunächst von einer kostenneutralen Variante ausgegangen sind. Weil sich die finanzielle Situation des Staates und zugleich die konjunkturelle Lage des Landes aber verbessert hatten, ist letztlich aus der Steuerreform auch eine Steuererleichterung erwachsen. Die meisten Haushalte sind sich dessen bereits bewusst geworden, als die ersten Monatsgehälter des Jahres ausgezahlt wurden. Die finanziellen Auswirkungen auf die Gehälter sind ja recht positiv...

fonction publique: ... wurden aber auch insofern ein klein wenig verfälscht, als gleichzeitig eine Index-Tranche erfiel...

Pierre Gramegna: Ich denke, die rein steuerlichen Erleichterungen sind schon von Bedeutung – und stießen ja auch weitgehend auf große Zustimmung. Diejenigen Haushalte, die eine Steuererklärung abgeben, werden nachträglich womöglich noch von zusätzlichen Begünstigungen profitieren. Und das ist auch gut so. Ich bleibe der Auffassung, dass dies die gerechteste Steuerreform aller Zeiten ist, und zwar weil wir die Steuertabelle nicht nur linear angepasst haben, sondern darüber hinaus, u.a. durch die Angleichung bestimmter Steuerkredite, zusätzliche Maßnahmen getroffen haben, von denen insbesondere die Klein- und Mittelverdiener profitieren. Und deswegen können wir gewiss von einer sozial gerechten Steuerreform sprechen, die letztlich die Kaufkraft der Haushalte stärkt, was wiederum auch der Wirtschaft zugute kommt.

fonction publique: Trotzdem: Hätten nicht insbesondere die privaten Haushalte von weiter reichenden Steuererleichterungen profitieren müssen, dies nicht zuletzt auch, weil gerade sie die Steuerreform zu großen Teilen vorfinanziert haben, sei es durch die Einführung der 0,5%-Steuer oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer?

Pierre Gramegna: Schauen Sie: Gut zwei Drittel der im Zuge der Steuerreform umgesetzten Maßnahmen kommen den Privatpersonen zugute und nur knapp ein Drittel den Unternehmen. Letztlich ist es uns bei der Steuerreform aber auch darum gegangen, die Betriebe, gerade in Zeiten geringen Wachstums, nicht zu sehr zu strapazieren. Für die privaten Haushalte, denke ich, ist ein Maximum getan worden, natürlich unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten. Herausgekommen ist schließlich ein ausgeglichenes Maßnahmenpaket. Gänzlich abgeschafft wurde im Interesse der Privatpersonen ja auch die eben von Ihnen erwähnte 0,5%-Steuer, womit wir ja auch einer Forderung der CGFP nachgekommen sind. Ich möchte aber auch daran erinnern, dass die nun zugunsten der privaten Haushalte getroffenen Maßnahmen weitaus höher zu Buche schlagen, als die 0,5%-Steuer in den Jahren 2015 und 2016 letztlich eingebracht hat. Hier stehen über 300 Millionen Euro an Erleichterungen gerade mal 120 Millionen Euro an Mehreinnahmen gegenüber.

fonction publique: Stichwort Alleinerziehende: Den großen Wurf haben Sie mit der Steuerreform ja nicht gerade gelandet. Wann kön-

„Mit der Steuerreform ist es uns gelungen, die Steuerlast insgesamt zu senken, ohne dass der Staatshaushalt dadurch aus dem Gleichgewicht geraten wäre. Und parallel dazu haben wir darauf geachtet, die Investitionen auf einem recht hohen Niveau zu halten“, erklärt Finanzminister Pierre Gramegna im „fp“-Gespräch.



nen Alleinerziehende (aber nicht nur sie) endlich damit rechnen, dass die Steuerklasse 1A abgeschafft wird und sie stattdessen in Steuerklasse 2 eingestuft werden? Hätte die Steuerreform nicht als Anlass dafür genommen werden müssen?

Pierre Gramegna: Mir ist schon bewusst, dass eine solche Forderung im Raum stand. Richtig ist aber auch, dass die Umsetzung einer solchen Maßnahme mit einem sehr hohen Kostenpunkt verbunden gewesen wäre. Im Übrigen gibt es eine solche Regelung in fast keinem anderen Land der Welt. In den meisten Ländern fallen Betroffene sofort in die Steuerklasse 1 zurück. In den allermeisten Fällen bringt die Steuerklasse 1A aber eine günstigere Besteuerung mit sich wie Steuerklasse 1. Nichtsdestotrotz haben wir im Zuge der Steuerreform Maßnahmen ergriffen, um die Steuerklasse 1A günstiger zu gestalten. So haben wir beispielsweise die Steuersätze neu definiert, was mit sich bringt, dass der Höchst-satz jetzt erst bei einem höheren Jahreseinkommen spielt. Ein besonderes Augenmerk kam dabei natürlich den Alleinerziehenden zu, weil gerade sie einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Und parallel dazu haben wir die Waisenrenten immuniert. Sie sehen, wir haben schon eine ganze Reihe Maßnahmen getroffen, die, so meine ich, in die richtige Richtung gehen.

fonction publique: Tatsache ist aber auch, dass man sehr schnell in Steuerklasse 1A geraten kann, und das ohne Selbstverschulden. Es kann doch nicht sein, dass der Staat das persönliche Schicksal eines Einzelnen benutzen will, um zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren...

Pierre Gramegna: Ich teile Ihre Auffassung, dass wir uns hier in erster Linie auf alleinerziehende Elternteile konzentrieren müssen. Wir werden die spezielle Situation der Alleinerzieher auch weiterhin aus nächster Nähe verfolgen. Und wenn es die finanziellen Mittel erlauben, ist der politische Wille auch gegeben, wenn nötig, gerade hier noch einmal anzusetzen.

fonction publique: Bei der Präsentation der Steuerreform haben Sie immer wieder vorgerechnet, wie viele Steuern ein Durchschnittshaushalt mit Inkrafttreten der Steuerreform sparen könnte, u.a. durch die bis zu einer bestimmten Altersgrenze geltende Verdoppelung der

steuerlich absetzbaren Bausparbeiträge oder eine Anpassung der Höchstgrenze bei einer privaten Zusatzpensionsversicherung. Wie aber soll Ihres Erachtens ein Normalverdiener diese Maßnahmen voll ausschöpfen können, ohne dass dabei sein Konsumhaushalt arg überstrapaziert wird?

Pierre Gramegna: Ich denke, in unserer heutigen Zeit ist es von allergrößter Wichtigkeit, den Zugang zum Eigenheim zu fördern. Deswegen haben wir ja gerade in diesem Bereich höhere Absetzungsmöglichkeiten geschaffen, was insgesamt ja auch begrüßt wurde. Parallel dazu ermutigen wir den Einzelnen, eine Zusatzpension abzuschließen, nicht zuletzt auch, weil die Finanzierung der gesetzlichen Rente langfristig gesehen uns sicherlich vor große Herausforderungen stellen wird. Letztendlich bleibt es aber dem Einzelnen überlassen, welche Maßnahmen er prioritär nutzen will – dies unter Berücksichtigung seiner finanziellen Möglichkeiten. Weil wir eine gerechte Steuerreform vorgelegt haben, sind es ja insbesondere die Klein- und Mittelverdiener, die am meisten Nutzen daraus ziehen. Und weil gerade sie am meisten von den Erleichterungen profitieren, sind es auch sie, die letztendlich am meisten von all diesen Maßnahmen profitieren können. Steuerliche Erleichterungen auf der einen Seite und steuerbegünstigte Maßnahmen auf der anderen stehen gewissermaßen in einem Wechselspiel zueinander.

fonction publique: Bleiben wir beim Bausparen: Die abzugsfähigen Beträge bei Bausparverträgen wurden in der Tat verdoppelt. Gleichzeitig aber wurde die Altersgrenze auf 40 Jahre festgelegt, um von diesem Steuervorteil profitieren zu können – und das in Zeiten, in denen junge Menschen im Vergleich zu früher viel später in den Arbeitsprozess eintreten, und in denen Wohnraum kaum noch finanzierbar ist. War diese Altersgrenze wirklich notwendig, auch mit Blick auf die derzeitige Lage auf dem heimischen Wohnungsmarkt?

Pierre Gramegna: Schauen Sie: Es geht bei dieser Regelung doch in erster Linie darum, gerade jungen Menschen eine Erleichterung zu bieten. Inspiriert haben wir uns dabei vor allen Dingen an der gängigen Praxis, so wie wir sie kennen, mit dem Ziel, hauptsächlich

denjenigen selektiv zu helfen, die auch darauf angewiesen sind. Wäre nämlich keine Altersgrenze vorgesehen, hätten wir eine allgemein gültige Maßnahme geschaffen. Vielmehr wollten wir mit dieser Regelung ein deutliches Zeichen setzen, weswegen wir diese Höchstgrenze auch eingeführt haben. Jetzt kann man natürlich darüber diskutieren, ob diese Altersgrenze gegebenenfalls etwas höher hätte angesetzt werden sollen. Vergessen sollte man in dieser Diskussion aber nicht, dass wir den Betrag von abzugsfähigen Bausparbeiträgen immerhin verdoppelt haben. Und davon profitieren in erster Linie junge Menschen.

fonction publique: Die Quellensteuer auf Spareinlagen wurde auf einen Schlag verdoppelt, von zunächst zehn auf nun ganze zwanzig Prozent – und das in Zeiten von Niedrigzinsen. Kommt das nicht schon fast einer Beleidigung, den Kleinsparern gegenüber, gleich?

Pierre Gramegna: Gestatten Sie mir zwei Anmerkungen dazu: Zum einen stimmen Sie mir bestimmt zu, dass der bislang geltende Steuersatz von zehn Prozent äußerst niedrig angesetzt war. Diesem Satz lagen damals europäische Besonderheiten zugrunde, die es heutzutage in dieser Form nicht mehr gibt. Wir haben uns mittlerweile unseren Nachbarländern angepasst und gleichzeitig den automatischen Informationsaustausch eingeführt. Zum anderen sind die Zinsen auf Guthaben heutzutage derart niedrig, so dass – bei einem steuerfreien Zinsertrag von 250 Euro im Jahr – das Kapital schon recht hoch sein muss, bevor die daraus resultierenden Zinserträge überhaupt einer Besteuerung unterliegen. Vergleicht man den Steuersatz von 20 Prozent beispielsweise mit der Einkommenssteuer, ist er immer noch recht mäßig.

fonction publique: Durch eine andere Maßnahme wurden die abzugsfähigen Beträge bei Versicherungsprämien und Zinsen auf Konsumkrediten zusammengeführt, mit der Begründung einer größeren Flexibilität. Schaut man genauer hin, muss man allerdings feststellen, dass letztlich einer dieser bislang abzugsfähigen Beträge schlicht abgeschafft wurde – im Ergebnis also eine nicht unbedingt zufriedenstellende Lösung für den Steuerzahler...

Pierre Gramegna: Wir haben uns in der Tat dazu entschlossen, beide Freibeträge zusammenzulegen, erstens, um eine größere Flexibilität zu erreichen, zweitens aber auch, um im Zuge einer ausgeglichenen Steuerreform die Kosten unter Kontrolle zu halten. Wir lassen letztendlich jedem Einzelnen die Wahl, welche dieser beiden Möglichkeiten er zusehends nutzen möchte. Und weil die Schuldzinsen derzeit ja auch noch äußerst niedrig sind, beanspruchen sie ja nur einen ganz geringen Teil des abzugsfähigen Betrages.

fonction publique: Es bleibt nun mal eine Tatsache, dass ein deutliches Ungleichgewicht bestehen bleibt bei der Aufteilung der Gesamtsteuerlast zwischen Privatpersonen und Unternehmen. Wie möchten Sie dem entgegenwirken? Oder anders gefragt: Fehlt etwa die politische Courage dazu?

Pierre Gramegna: Die Überlegung ist folgende: Zunächst einmal haben wir alle ein Interesse daran, dass Luxemburg attraktiv und auch kompetitiv bleibt. Will sagen: Die Besteuerung von Gesellschaften muss so gestaltet sein, dass wir auch künftig noch ausländisches Kapital und Investitionen anziehen. Im internationalen Vergleich liegen wir heute dabei im Mittelfeld. Der Wett-

bewerb, auch im fiskalen Bereich, wird immer größer. Und daher ist es ja auch so wichtig, dass wir uns entsprechend aufstellen. Wenn wir also über ein für Betriebe günstiges steuerliches Umfeld verfügen, dann schaffen wir zunächst einmal zusätzliche Arbeitsplätze. Und wenn unsere Gesellschaften besser gestellt sind, können sie auch höhere Gehälter zahlen. Unter dem Strich hat das dann sowohl positive Auswirkungen auf die Beschäftigung im Lande als auch auf den einzelnen Arbeitnehmer. Nach diesen Prinzipien wollen wir vorgehen. Das Kapital muss nicht von vornherein genauso besteuert werden wie die Einkünfte einer Privatperson. Wir sehen hier ganz im Gegenteil eine Wechselwirkung zwischen beiden: Wenn es der Wirtschaft gut geht und die Rahmenbedingungen stimmen, dann ist die Steuerlast für beide erträglich.

fonction publique: ...wobei es sicherlich nicht einfach ist, den genauen Steuersatz bei Unternehmen zu ermitteln. Selbst auf Ebene des Wirtschafts- und Sozialrates haben sämtliche Bemühungen bislang nicht zu einem verlässlichen Ergebnis geführt...

Pierre Gramegna: Wir haben ein Prinzip hier im Lande, und das ist das Steuergeheimnis, was wohl noch immer als Vorzug unseres Standortes zu werten ist. Und das ist auch gut so. Wer allerdings genau wissen möchte, wie viele Steuern ein bestimmtes Unternehmen im Jahr zahlt, braucht nur einen Blick in die Kosten/Nutzen-Rechnung dieses Unternehmens zu werfen. Einen Durchschnittswert für alle Gesellschaften ermitteln zu wollen, macht in der Tat nur wenig Sinn.

fonction publique: Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass das Kapital weitaus niedriger besteuert wird als die Arbeit – Stichwort „Stock options“:

Pierre Gramegna: Wie gesagt, Un-

ternehmen, die Gewinne abwerfen, zahlen auch ihre Steuern. Ich sehe hier vielmehr Erklärungsbedarf innerhalb der Unternehmen. Wir müssen den Beschäftigten schlicht vermitteln, dass letztlich auch sie davon profitieren, wenn es ihrem Unternehmen gut geht. Wenn Gesellschaften einer höheren Besteuerung unterliegen und sie dadurch weniger Gewinn erwirtschaften, können sie notgedrungen nicht mehr dieselben Löhne zahlen. Was die „Stock options“ betrifft, kann ich an dieser Stelle mit Gewissheit sagen, dass wir zielstrebig daran arbeiten, dieses System abzuändern und einen entsprechenden Vorschlag zu erbringen.

fonction publique: Die Umsetzung der Steuerreform bringt für die Verwaltungen ein Mehr an Arbeit mit sich, insbesondere für die Steuerbehörde. Sind Ihre Finanzverwaltungen entsprechend aufgestellt, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden?

Pierre Gramegna: Zunächst einmal habe ich feststellen müssen, dass die Personaldecke innerhalb der Steuerverwaltung seit längerer Zeit nicht mehr angepasst wurde. Die Situation war so nicht mehr haltbar. Innerhalb der Regierung haben wir dann beschlossen, den Personalbestand um 25 Einheiten pro Jahr aufzustocken...

fonction publique: ...u.a. in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur (ADEM)...

Pierre Gramegna: ... zu der wir im Übrigen hervorragende Beziehungen pflegen, die sehr schnell auch zu ersten positiven Resultaten geführt haben. Darüber hinaus müssen wir die Steuerverwaltung aber auch zusehends digitalisieren und der EDV einen noch stärkeren Stellenwert geben. Beide Maßnahmen zusammen genommen, so denke ich, werden es der Steuerverwaltung ermöglichen, noch wirksamer zu arbeiten, als sie das heute ohnehin

schon tut.

fonction publique: Gestatten Sie uns, aktualitätsbedingt noch ein weiteres Thema anzusprechen: Brexit. Die Austrittsprozedur ist mittlerweile eingeleitet worden. Wie steht der Finanzminister zu den derzeitigen Entwicklungen? Ist Ihres Erachtens eine vernünftige Lösung überhaupt möglich?

Pierre Gramegna: Schauen Sie: Am 29. März ist das Schreiben von Theresa May eingegangen. Und nicht einmal eine Woche später werden im britischen Parlament Stimmen laut, die bereit wären, wegen Gibraltar Krieg gegen Spanien zu führen. Schneller hätte das ja nicht passieren können. Wir gehören einer gemeinsamen Union an, immer noch, und schon fallen Begriffe wie Feindseligkeit und Verteidigung. Und dabei hat Europa doch vor allem zu etwas geführt, und zwar zu einem friedlichen Miteinander – für mich das Allerwichtigste. Und dessen müssen wir uns immer wieder bewusstwerden. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass ein EU-Austrittskandidat im Endergebnis nicht über bessere Bedingungen verfügen kann, als wenn er EU-Mitglied geblieben wäre. Sonst stellen sich die anderen 27 Mitgliedstaaten berechnende Fragen. Auf der anderen Seite ist allerdings vernünftiges Handeln gefragt. Es kann auch nicht darum gehen, Großbritannien bestrafen zu wollen, indem wir versuchten, ungeeignete Lösungen herbeizuführen. Denn wir wollen ja auch noch morgen mit Großbritannien, einem wichtigen Markt, Handel betreiben. London ist immerhin der wichtigste Partner des Finanzstandortes Luxemburg. Zunächst, weil London der größte Finanzplatz überhaupt, und Luxemburg der größte Finanzplatz innerhalb der Eurozone ist. Daher ist es auch nur normal, dass wir weiterhin zusammen arbeiten wollen. Als Finanzplätze ergänzen sich London und Luxemburg gewisserma-

Ben, hauptsächlich in der Fondsindustrie, aber auch darüber hinaus. Diese Komplementarität hat bislang sehr gut funktioniert. Und wir haben ein Interesse daran, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Es wurden Brücken geschlagen in der Vergangenheit. Und wir müssen alles daran setzen, dass diese Brücken erhalten bleiben, auch wenn sie ein neues Gesicht bekommen. Dennoch bleibe ich der Auffassung, dass der EU-Austritt Großbritanniens jedoch Europa schwächen wird. Er wird das Vereinigte Königreich meines Erachtens noch mehr belasten. Kurz: Es wird wohl kaum jemand als großer Gewinner daraus hervorgehen. Es geht schlicht und ergreifend darum, die erforderlichen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung zu treffen. Und wir, d.h. Luxemburg, wird sich proaktiv in diesen Prozess einbringen. Es steht viel auf dem Spiel für unser Land, insbesondere natürlich für den Sektor der Finanzdienstleistungen.

fonction publique: Ein Schlusswort?

Pierre Gramegna: Ich denke, auf der ganzen Welt zahlt wohl niemand gerne Steuern. Das liegt gewissermaßen in der Natur der Menschen. Mit der Steuerreform ist es uns gelungen, die Steuerlast insgesamt zu senken, ohne dass der Staatshaushalt dadurch aus dem Gleichgewicht geraten wäre. Und parallel dazu haben wir darauf geachtet, die Investitionen auf einem recht hohen Niveau zu halten. Auf diese Weise erhöhen wir nicht nur die Lebensqualität des Einzelnen, sondern stärken zugleich auch noch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

fonction publique: Herr Minister Gramegna, haben Sie vielen Dank für dieses Gespräch.

Interview: F.P.

CGFP Website

Immer topaktuell unter www.cgfp.lu

CGFP



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückserwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2017

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbauparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Darlehensvarianten zu 2,35% oder sogar 1,25%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbauparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits

aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Spareinlage mit Rendite

Wollen Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen oder sind Sie noch unentschieden, so bietet sich der BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1% und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jedes Jahr bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht das z.B. 2.688 Euro.

Mit der Umsetzung der Steuerreform kam es zu einer Verdopplung der absetzbaren Beträge, sofern der Bausparer die Altersgrenze von 40 Jahren nicht erreicht hat. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Smarte Gartenhelfer



Sommer, Sonne, Gartenzeit! Die Oase hinter dem Haus hat jetzt Hochsaison. Gut geplant, wird das Grün zur rentablen Komfortzone. Die Bewässerung funktioniert vollautomatisch, der Mähroboter tut seine Pflicht, und wenn es dunkel wird, schalten sich die Leuchten automatisch an. Dank digitaler Helfer, die per App auf dem Smartphone oder Tablet gesteuert werden, können Gartenbesitzer jetzt ihrer liebsten Beschäftigung nachgehen: „Chillen“ unter freiem Himmel! Nur logisch, dass auch der Markt für voll ausgestattete Gartenküchen boomt. Moderne Outdoor-Anlagen mit Gasgrill, Herd Spülelementen und Arbeitsflächen sind gefragt denn je. „Bei der Wahl der Outdoor-Anlagen sollte man nachhaltig guter Qualität den Vorzug geben. Dann zahlt sich die Investition auch langfristig aus“, rät Ralf Palm von der BHW Bausparkasse.

Gartenküchen – Zu Tisch im Grünen

Vom Einsteiger-Modell bis hin zur Premium-Ausführung – Gartenküchen sind voll im Trend. Fürs ungetrübte Vergnügen ist eine gute Ausstattung das A und O.

Selbst in klimatisch weniger verwöhnten Regionen können den neuen Outdoor-Küchen Feuchtigkeit, Regen oder Kälte nichts anhaben. Vorausgesetzt, sie sind aus robustem Material gebaut und gut geschützt. Meist sind sie aus Kombi-Modulen zusammengesetzt, so dass man diese je nach Bedarf später erweitern kann.

Der Preis ist heiß

Eine Low-Budget-Variante mit Marken-grill, Servierwagen, Gaskochplatte und einfachem Spülschrank gibt es bereits unter 1.000 Euro. Sie sollte allerdings gut geschützt sein, um auch bei schlechtem Wetter zu bestehen. „Bei der Wahl der Möbel und Geräte für die Gartenküche lohnt es sich, auf nachhaltig gute Qualität achten“, empfiehlt Ralf Palm von der BHW Bausparkasse. „Diese Gartenküchen sind zwar in der Anschaffung teurer, aber sie halten auch deutlich länger.“ Materialien wie Edelstahl, die heimische Lärche oder Granit eignen sich besonders gut für den Außenbereich.

Komfort-Gartenküchen

Hochwertige Modul-Küchen bieten heute alles, was das Herz begehrt. Mit Holzfront oder als Edelstahl-Variante angeboten, verfügen sie über Grillrost, versenkbaren Seitenkocher, Infrarotbrenner mit Drehspeiß und stufenlosen Räucherbrenner, auf Wunsch auch mit Hochschränken, Weinregal und Spülelementen. Der Wasseranschluss funktioniert per Adapter zum Gartenschlauchsystem. Ob die Küche aus verschiedenen Elementen zusammengestellt oder als Komplett-Gartenküche mit Einbaugeräten angeschafft wird – gute Qualität hat auch hier ihren Preis. Im Premium Segment liegen die Kosten je nach Ausstattung zwischen 3.000 bis 10.000 Euro.

Es grünt so grün



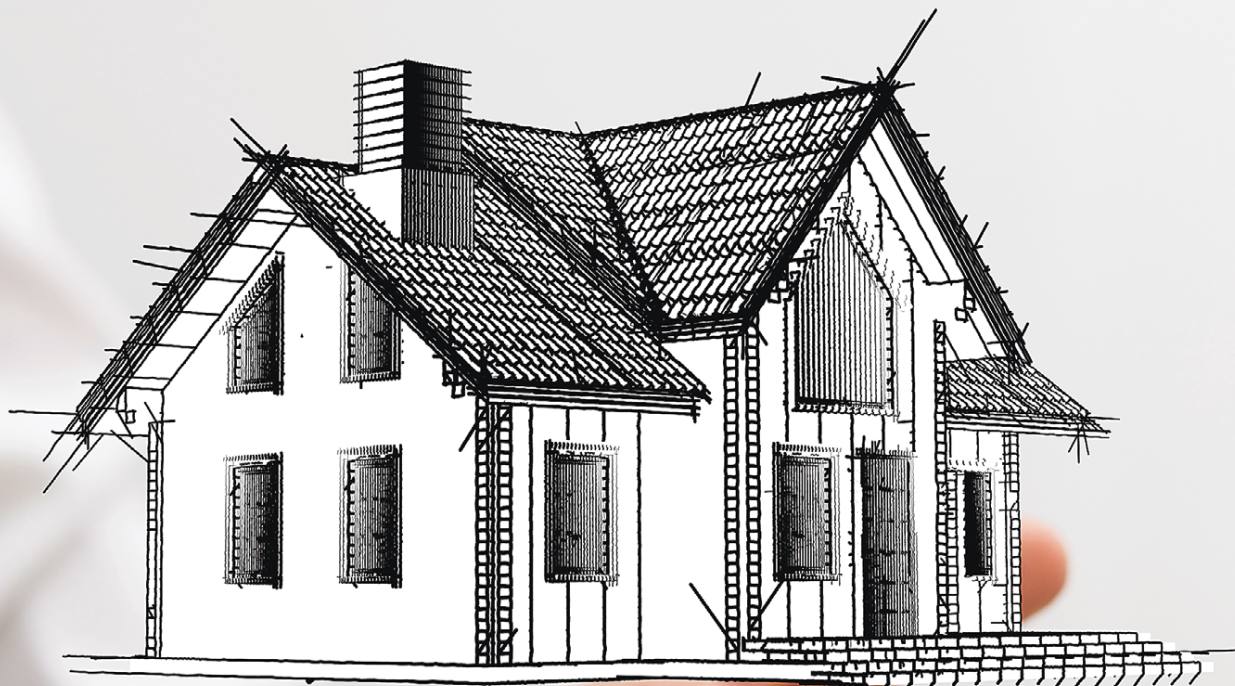
Eine Dachbegrünung bietet viele Vorteile. Sie verbessert die Luft durch ihre Filterwirkung und senkt richtig geplant die Instandhaltungs- und Betriebskosten für die gesamte Dachkonstruktion.

Grüne Dächer sind auf dem Vormarsch. Denn die Biotope in Toplage absorbieren Schadstoffe und erhöhen den Sauerstoffgehalt der Luft. Besonders in Städten tragen sie so zum besseren Klima bei. Fachmännisch angelegt, sorgen Gründächer auch für eine verbesserte Energiebilanz der Gebäudehülle. Sie fangen als Schutzschild Niederschlagswasser ab und bewirken eine natürliche Temperatur- und Lärmdämmung. Eine sorgfältige Abdichtung der Pflanzenschicht

verhindert Wurzelwachstum. Bei aufwendigeren Intensivbegrünungen mit größeren Pflanzen müssen Architekten und Landschaftsgärtner den Einklang mit der Statik sicherstellen. Ist dieser gewährleistet, steht einer Wohlfühl-oase oder einem Gemüsegarten mit Aussicht nichts mehr im Weg.

Besonders in den dicht bebauten Städten bietet die Nutzung der Dächer durch Begrünung und Bepflanzung ein großes Potenzial. Wer eine Dachbegrünung erst einmal in einem kleineren Maßstab testen möchte, der erzielt schon tolle optische und ökologische Effekte mit der Bepflanzung des Garagendachs oder des Gartenhäuschens.

CGFP-Baukredit



Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-Einrichtung der Berufsorganisation der öffentlichen Funktion, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  **Logement**

La prise en charge urgente d'un patient tombé malade

Sur initiative de la Confédération Générale de la Fonction Publique (CGFP), cette dernière ainsi qu'un représentant de la Fédération Générale de la Fonction communale (FGFC) avaient le plaisir de recevoir récemment une délégation de la Société luxembourgeoise de médecine d'urgence (SLMU) afin de discuter des problèmes auxquels en particulier les services d'urgences des hôpitaux doivent faire face afin d'assurer les soins qui sont requis dans des cas d'urgence médicale.

Cette problématique se révèle être très vaste et complexe. Les patients qui sont admis soit en SAMU, soit en ambulance ou se présentent par leurs propres moyens doivent être soumis à un premier examen médical ayant comme objectif de trier les personnes selon le degré d'urgence qui est nécessaire à la prise en charge médicale. Les raisons pour lesquelles un patient se présente ou est présenté au Service des urgences peuvent évidemment être très différentes. Afin d'illustrer la panoplie de maladies, citons les problèmes d'intoxications, neurologiques, ophtalmologiques, concernant le nez, l'oreille, la bouche, la gorge, le cou, des voies respiratoires, de problèmes cardiovasculaires, gastro-intestinaux, gynéco-obstétriques, génito-urinaires, orthopédiques, traumatologiques, dermatologiques, pour ne citer que ceux-là. Il y a par ailleurs également la sollicitation des services d'urgences pour des raisons qui sont mineures ou qui n'apparaissent pas comme étant graves et urgentes. En vue du traitement, il est par ailleurs souvent nécessaire de distinguer entre adultes et enfants. Dans tous les cas, la qualité de la prise en charge doit être garantie à l'égard de toute indisposition, maladie ou syndrome constaté.

Le traitement médical en urgence se fait d'ailleurs de plus en plus par des médecins-urgentistes, c'est-à-dire des médecins ayant généralement une formation de généralistes, complétée par une formation spécifique en vue d'un premier traitement urgent de patients.

Du point de vue du patient qui se présente au service d'urgence et qui se trouve en général dans une situation qu'il estime inquiétante pour lui, le temps d'attente avant d'être traité par un médecin est souvent considéré comme étant long. Il n'est pas rare que ce temps d'attente dure effectivement des heures. Même du côté du Ministère de la Santé, on parle de mesures de «désengorgement» des urgences qui sont nécessaires. Entre octobre 2016 et février 2017, plusieurs articles ont été publiés dans la presse à ce sujet.

L'entrevue avec la SLMU a porté essentiellement sur l'organisation,



c'est-à-dire le processus de la prise en charge des personnes en urgence. A l'arrivée d'une personne, il s'agit de l'accueillir par un(e) réceptionniste/infirmier(infirmière), de réaliser un début d'anamnèse et de procéder au triage selon le degré d'urgence. Ensuite, des premiers soins peuvent être nécessaires, la prescription et la réalisation d'analyses de laboratoire, éventuellement des examens complémentaires, des demandes d'avis de spécialistes, de la prescription et réalisation d'un traitement, éventuellement du transport du patient à un autre endroit. Cette énumération organisationnelle ne peut être complète.

A côté de l'organisation interne d'un Service d'urgence d'un hôpital, il faut voir l'ensemble des moyens mis à disposition d'un patient qui se trouve en état de requérir une aide médicale urgente, en particulier pendant les périodes nocturnes ou de week-end pendant lesquelles les cabinets de médecins ne sont guère ouverts. Il s'agit du Service d'aide médicale urgente (SAMU), des services d'urgences hospitaliers, cités ci-dessus, des polycliniques hospitalières et des maisons médicales.

Fin décembre 2016, le Ministère de la Santé a présenté les résultats d'un sondage téléphonique sur la notoriété et le recours aux maisons médicales et d'un sondage *in situ* sur le recours aux urgences hospitalières. Sans entrer dans le détail des résultats, ceux-ci montrent que plus de la moitié des gens se rendent à l'hôpital de garde en cas de maladie en soirée ou pendant le week-end. Une des raisons qui explique ce phénomène est le fait qu'en grande partie les étrangers ne connaissent pas le fonctionnement des maisons

médicales. Une autre raison de préférer l'urgence en hôpital est celle qu'à cet endroit, des spécialistes sont sur place et des examens complémentaires à ceux qu'un généraliste peut faire dans une maison médicale sont possibles. Suite à ce sondage, le Ministère de la Santé a lancé une campagne d'information en vue de mieux faire connaître l'existence des maisons médicales.

Nous avons appris par ailleurs que dans environ 5 % des cas dont un traitement n'est pas considéré comme étant urgent lors de l'admission au service de garde, l'indisposition du patient se révèle ultérieurement comme étant plus grave que diagnostiquée. Par ailleurs, un certain pourcentage de gens qui se rendent aux maisons médicales est ensuite prié de se rendre à l'hôpital en vue d'analyses de laboratoire ou d'imagerie médicale. On peut donc se poser la question s'il ne fallait pas lier beaucoup plus étroitement les maisons médicales aux services d'urgence des hôpitaux, quitte à pourvoir aux besoins immobiliers et matériels nécessaires.

L'entrevue entre la Société luxembourgeoise de médecine d'urgence et la CGFP a porté par ailleurs sur la dotation nécessaire en médecins et en personnel de santé, sur la dotation financière d'un tel service hospitalier (le Gouvernement a décidé d'allouer pour les deux prochaines années 2 millions d'euros supplémentaires au fonctionnement des services d'urgence). Par ailleurs, en considérant les prestations des médecins dans le cadre de leurs présences aux services d'urgence par rapport à la spécificité de l'accueil de patients qui se trouvent en situation anormale, la responsabilité médicale, la complexité et le temps de traitement

très différent d'un patient à l'autre, une tarification adéquate est nécessaire. La durée moyenne de séjour d'un patient en service d'urgence, tout comme la disponibilité, souvent insuffisante, de lits hospitaliers pour le cas où une hospitalisation immédiate s'impose figurent parmi les critères de qualité. Les conditions difficiles de travail de tous les professionnels à l'hôpital ont été mises en évidence.

Le Ministère de la Santé et celui de la Sécurité sociale, en particulier la Caisse Nationale de Santé, en collaboration avec les établissements hospitaliers et le corps médical ont commandé une étude approfondie sur les pistes susceptibles d'assurer un meilleur fonctionnement des services d'urgence. Les syndicats, dont la CGFP, ont insisté à ce que les résultats de cette étude soient disponibles à brève échéance. D'ailleurs, les premiers rapports intermédiaires ne devraient plus tarder.

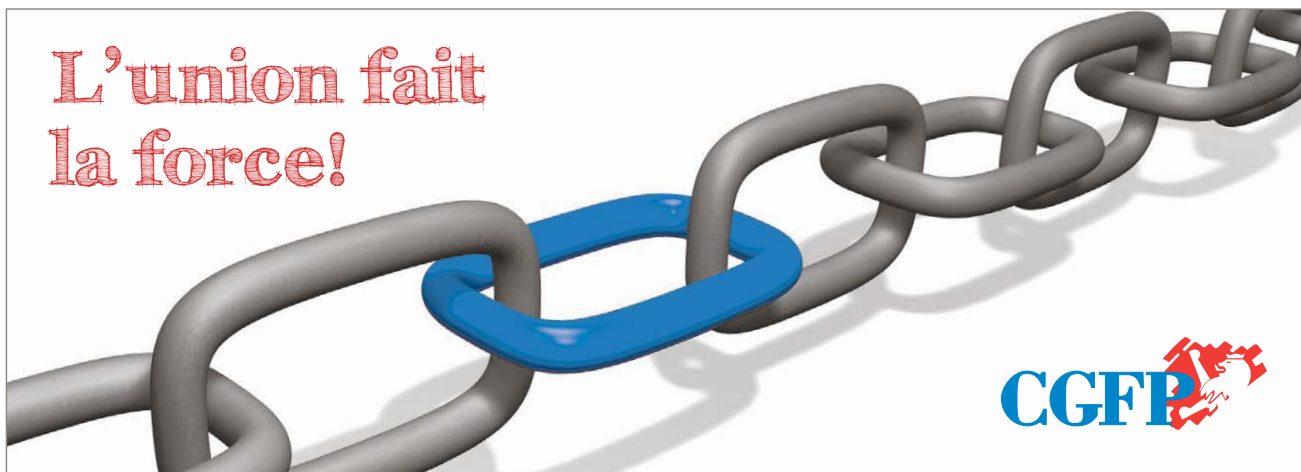
Citons les objectifs de l'étude:

- «Permettre aux quatre centres hospitaliers de remplir leur mission de santé publique, en disposant des moyens humains en nombre et qualifications appropriés,
- Garantir un recours au service d'urgence à toute personne le nécessitant pour un problème de santé, une orientation justifiée, une prise en charge conforme aux bonnes pratiques professionnelles n'engendrant pas de perte de chance, dans un délai approprié à la situation, dans le respect des droits du patient, pour un coût acceptable dans le cadre du financement des soins de santé, dans des conditions d'exercice pour les professionnels ne portant pas atteinte à leur propre santé, sécurité et responsabilité,
- Garantir des flux de patients avec des pics d'activité maîtrisés grâce à une organisation efficiente et sécuritaire, ainsi qu'une chaîne de soins structurée et coordonnée,
- Articuler l'activité du service d'urgence avec la chaîne de soins en amont et en aval,
- Améliorer la compréhension par la population du processus de prise en charge dans le service d'urgence.»

Il est évident que les différents centres hospitaliers disposent déjà de schémas organisationnels portant de l'arrivée physique du patient jusqu'à sa sortie, mais le défi de l'étude est néanmoins de taille. «*Fonction publique*» tiendra ses lecteurs au courant de l'évolution de ce «dossier» et la CGFP ne manquera pas de formuler ses attentes dans ce contexte.

C.G.

L'union fait la force!






Werden Sie noch heute Mitglied der CGFP*

**Das Anmeldeformular finden Sie unter www.cgfp.lu*




Vos projets ont de l'avenir

Charlotte, future présidente d'association

Louis, futur artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences, par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu

 **BGL BNP PARIBAS** | La banque d'un monde qui change bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue J.F. Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014

D'ARMÉI, ENG ERAUSFUERDERUNG FIR DECH



Nächste Rekrutement **08.01.2018**
Umeldungsfomulaire bis den **19.10.2017** eraschëcken.

INFORMATIONSBÜRO
15, bd Royal
L-2449 Luxembourg
INFOTELEFON
8002 - 4888

 **LËTZEBUERGER ARMÉI**
www.armee.lu • info@armee.lu

D'Ëtzebuurger Arméi steet fir Asaz an Engagement, heiheim an dobaussen. Si huet als Missioun Mënschen ze schützen an hinnen ze hëllefe wann se a Nout sinn. Wann s' d'ch bereit fitts d' Missioun mat eis ze deelen, dann ass d'Arméi d'ch richteg Plaz. Du schaffs esou aktiv un denger professioneller a perséinlecher Zukunft. D'Arméi sicht 70 bis 90 motivéiert an dynamesch jonk Leit, Fraen a Männer, déi sech engagéiere wëllen.

 **FONDS SOCIAL EUROPÉEN**
Avec le soutien du Fonds social européen




Schnell und übersichtlich informiert:
www.cgfp.lu

Régimes complémentaires de pension: Dispositions anti-constitutionnelles enfin abolies

Par dépêche du 8 février 2017, Monsieur le Ministre de la Sécurité sociale a demandé l'avis de la Chambre des fonctionnaires et employés publics sur le projet de loi spécifié à l'intitulé.

Aux termes de l'exposé des motifs qui accompagne le volumineux dossier, le projet en question poursuit un triple but.

Tout d'abord, il entend modifier la loi modifiée du 8 juin 1999 relative aux régimes complémentaires de pension, ceci en première ligne pour en élargir le champ d'application aux «*professions libérales et indépendantes*», c'est-à-dire pour permettre à ceux qui en exercent une de pouvoir bénéficier à leur tour, à l'instar d'une partie des salariés du secteur privé, du système de prestations complémentaires de pension régi par ladite loi.

En deuxième lieu, il se propose de transposer en droit national la «*directive mobilité*» 2014/50/UE relative aux prescriptions minimales visant à accroître la mobilité des travailleurs entre les États membres en améliorant l'acquisition et la préservation des droits à pension complémentaire ainsi que de «*compléter la transposition*» des directives 2006/54/CE (égalité des chances et égalité de traitement en matière d'emploi et de travail) et 2003/41/CE (activités et surveillance des institutions de retraite professionnelle), textes qui n'avaient jamais été inscrits complètement dans le droit luxembourgeois lors des différentes modifications apportées à la loi précitée du 8 juin 1999.

Finalement, il est prévu «*d'adapter diverses dispositions*» de la loi en question puisque leur mise en œuvre sur le terrain a donné lieu à des difficultés d'application.

À noter que tous ces objectifs sont prévus au programme gouvernemental de 2013, y compris la transposition de la directive 2014/50/UE puisqu'une première version de celle-ci existait déjà en projet depuis 2005 sous le nom de «*directive portabilité*».

En ce qui concerne la transposition des trois directives ainsi que les adaptations de nature diverse destinées à résoudre les problèmes pratiques rencontrés durant les presque deux décennies d'application de la législation sur les régimes complémentaires de pension, la Chambre des fonctionnaires et employés publics n'a pas d'objections à présenter.

Par contre, pour ce qui est du volet «*élargissement du cercle des bénéficiaires potentiels*», elle se voit amenée à se défaire des réflexions de fond qui suivent.

AVIS

de la Chambre des fonctionnaires et employés publics
sur le projet de loi portant:

1. *transposition de la directive 2014/50/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 relative aux prescriptions minimales visant à accroître la mobilité des travailleurs entre les États membres en améliorant l'acquisition et la préservation des droits à pension complémentaire;*
2. *modification de la loi modifiée du 8 juin 1999 relative aux régimes complémentaires de pension;*
3. *modification de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu.*

Quant au champ d'application actuel de la loi modifiée du 8 juin 1999 relative aux régimes complémentaires de pension, la Chambre rappelle que l'article 4, paragraphe (3) de ladite loi dispose que

«Est nulle toute disposition d'un régime complémentaire de pension instauré par l'État, les communes, les syndicats de communes et les établissements publics au titre de la présente loi, ayant pour effet de majorer les pensions dues au titre du régime général d'assurance pension ou d'un régime de pension spécial au-delà du montant de la pension qui serait due au titre de la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'État pour les personnes engagées avant le 1^{er} janvier 1999 ou par la loi du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois pour les personnes engagées après le 31 décembre 1998.»

Cette formulation pernicieuse a pour objet de rendre impossible la mise en place d'un régime complémentaire de pension par l'État, les communes, les syndicats de communes et les établissements publics. En effet, même si l'instauration d'un tel régime n'est pas formellement interdite par la loi, le texte précité a toutefois comme conséquence que les prestations servies par un tel régime ne pourraient pas être supérieures à zéro, sous peine de violer la loi!

C'est la raison pour laquelle la Chambre des fonctionnaires et employés publics n'a pas cessé de fustiger ladite disposition depuis l'entrée en vigueur de la loi de 1999. Hormis qu'elle est injuste et discriminatoire, elle est en plus anticonstitutionnelle car contraire au principe de l'égalité des Luxembourgeois devant la loi.

C'est donc avec une très grande satisfaction que la Chambre prend note de l'article 4/4^e du projet de loi sous avis, qui dispose que

«Le paragraphe 3 (de l'article 4 de la loi de 1999) est abrogé.»

Le fait de supprimer, après presque vingt ans, l'interdiction reproduite ci-avant revient en effet à permettre enfin aux entités visées, à savoir à l'État, aux communes, aux syndicats de communes et aux établissements publics, d'instaurer à leur tour des régimes complémentaires de pension.

En effet, d'après les définitions figurant à l'article 2 du projet de loi, les fonctionnaires et employés publics tomberont bel et bien sous le champ d'application de la loi car:

- le «salarié» est défini comme «*toute personne physique (...) occupée par une entreprise au sens de la présente loi*», et
- l'«entreprise» est définie comme «*toute personne, physique ou morale, (...) y compris l'État, les communes, les syndicats de communes et les établissements publics*».

Il est d'autant plus surprenant que l'exposé des motifs, même s'il consacre un chapitre d'une page et demie au thème «*Extension du champ d'application personnel de la loi*», s'étend longuement sur les «*professions libérales et indépendantes*», qualifiées de «*partie importante de la population active (...) totalement exclue du deuxième pilier de la prévoyance-vieillesse*», sans ne fût-ce que mentionner une seule fois le secteur public!

Quoi qu'il en soit, la Chambre des fonctionnaires et employés publics répute sa profonde satisfaction devant le fait que, dorénavant, ses ressortissants ne seront plus discriminés par rapport aux travailleurs du secteur privé et aux indépendants en matière d'accès à un régime complémentaire de pension.

Dans ce contexte, il ne faut pas oublier que le régime de pension du secteur public (loi de 1954) a été aboli pour les agents nouvellement admis au service depuis le 1^{er} janvier 1999 (il y a donc près de 20 ans) et que les derniers «*rescapés*» du régime transitoire partiront à la retraite d'ici une autre vingtaine d'années, ce qui justifie pleinement que la possibilité de la mise en place d'un régime complémentaire de pension soit enfin introduite pour le secteur public.

Avant de conclure, la Chambre des fonctionnaires et employés publics ne peut toutefois s'empêcher d'exprimer sa stupéfaction, voire son indignation devant les réflexions honteuses exprimées, visiblement sans les moindres scrupules, au commentaire de la disposition abrogeant le fameux article 4, paragraphe 3, de la loi de 1999.

Après l'affirmation (douteuse) que «*l'objectif recherché par le législateur de 1999 était le maintien du même niveau de pensions pour fonctionnaires d'État et salariés d'établissements publics*», il y est en effet écrit que, «*comme la pratique démontre qu'assez souvent les rémunérations versées aux salariés d'établissements publics divergent fortement (euphémisme s'il en est) des traitements des fonctionnaires d'État une recherche d'égalité au niveau des pensions ne semble plus pertinente*»!

En d'autres termes, après avoir abrogé le régime de pension statutaire de la fonction publique, après avoir créé des établissements publics tous azimuts, après avoir permis voire encouragé le recrutement du personnel desdits établissements sous le droit du travail du secteur privé (afin de s'y donner une certaine «*flexibilité*» au niveau des rémunérations), le gouvernement fait maintenant en plus marche arrière et cimente les avantages parfois exorbitants dont peut bénéficier le personnel de ce secteur dit «*assimilé*», en y permettant dorénavant également des pensions qui «*divergent fortement*» de celles de la fonction publique authentique soumise à des conditions autrement plus contraignantes de recrutement, d'avancement et de statut!

En conclusion de tout ce qui précède, la Chambre des fonctionnaires et employés publics ne saurait marquer son accord avec le projet lui soumis pour avis que sous la condition expresse qu'un régime complémentaire de pension pour la fonction publique étatique et communale soit mis en place concomitamment avec l'entrée en vigueur de la future loi.



CAMPS LINGUISTIQUES 2017 AU LUXEMBOURG

► **Langue :** français, allemand et anglais

► **Âge :** pour les 7-17 ans

► **Les Dates :**

► **16.07.17 – 22.07.17**

Camp français, équitation (Luxembourg-ville)

► **23.07.17 – 29.07.17**

Camp français, Theatre, Circus, Magic : Arts (Lultzhausen)

► **30.07.17 – 05.08.17**

Camp français (Lultzhausen)

► **06.08.17 – 12.08.17**

Camp français (Lultzhausen)

► **30.07.17 – 05.08.17**

Camp anglais (Echternach)

► **06.08.17 – 12.08.17**

Camp anglais (Echternach)

► **13.08.17 – 19.08.17**

Camp français (Echternach)

► **20.08.17 – 26.08.17**

Camp allemand (Schengen)

► **29.10.17 – 04.11.17**

Camp français, Halloween (Echternach)

BERLITZ LUXEMBOURG
89-93, Grand-Rue
1661 Luxembourg
Tel. +352 26 38 32 48
kids@berlitz.lu
www.berlitz.lu

Réservez un Berlitz Holiday Group en français ou anglais en même temps qu'un camp, et bénéficiez de **10% de remise** sur le montant total ! Pour tout renseignement, merci de contacter le numéro suivant : **+352 26 38 32 48**



Die Mitarbeiter der CGFP

Ein starkes Team im Dienste der CGFP-Mitglieder und der Fachverbände

Ganz im Interesse unserer Mitglieder und der CGFP-Fachverbände möchten wir die Gelegenheit nutzen, die verschiedenen Abteilungen und Mitarbeiter der CGFP zur besseren Orientierung in Text und Bild vorzustellen:



Martine Beideler

Rezeption und Empfang

Martine ist meistens die erste Person, mit der Sie in Kontakt kommen und die Sie dann an diejenige Mitarbeiterin oder denjenigen Mitarbeiter weiterleitet, der Ihnen am besten weiterhelfen kann.

Tel.: 26 48 27 27 1 oder cgfp@cgfp.lu



Pascale Hardt

Persönliche Assistentin von Romain Wolff

Anfragen für CGFP-Nationalpräsident Wolff oder die CGFP-Exekutive im Allgemeinen werden von Pascale verwaltet:

Tel.: 26 48 27 27-24 oder pascale.hardt@cgfp.lu



Fabienne Dieschbourg

Verwaltung der Mitglieder

Neue Mitglieder, Beiträge, Änderungen von Adressen usw. werden von Fabienne bearbeitet:

Tel.: 26 48 27 27-39 oder membres@cgfp.lu



Aurélia Huberty

Juristische Beratung – Juristin

Für juristische Beratung und Rechtsbeistand, wählen Sie Tel.: 26 48 27 27-1

oder schicken Sie eine Mail an aurelia.huberty@cgfp.lu



Cristelle Coelho

Beraterin

Sie brauchen eine Information, einen Rat oder eine Unterstützung?

Für eine Antwort auf Ihre Fragen,

wählen Sie Tel.: 26 48 27 27 1

oder schreiben Sie an cristelle.coelho@cgfp.lu oder cgfp@cgfp.lu



Jacquie Zahlen

Beraterin

Sie brauchen eine Information, einen Rat oder eine Unterstützung?

Für eine Antwort auf Ihre Fragen,

wählen Sie Tel.: 26 48 27 27 1

oder schreiben Sie an jacquie.zahlen@cgfp.lu

**Carlo Wies**

Öffentlichkeitsarbeit

Carlo ist bemüht um eine gefällige Aufmachung der CGFP-Zeitung „fonction publique“, des „compact“, der Newsletter und aller anderen Veröffentlichungen der CGFP.

Tel.: 26 48 27 27-32 oder Email: carlo.wies@cgfp.lu

**Stéphanie Ravat**

Wirtschaftsberaterin

Stéphanie verfasst Stellungnahmen und Gutachten zu Gesetzestexten und vertritt die CGFP in verschiedenen Gremien, wie z.B. im Wirtschafts- und Sozialrat oder in Gremien der Sozialen Sicherheit.

Tel.: 26 48 27 27-1 oder Email: stephanie.ravat@cgfp.lu

CGFP
Ihre Berufsvertretung



snaidero
CUCINE PER LA VITA

by **KITCHEN**
Store

204, Route d'Arlon

L-8010 Strassen

Tél. (+352) 26 11 98 50

www.kitchenstoreluxembourg.com

Kitchen Store proposéiert lech
och d'Kiche-Geräter vun der
Mark Atag mat enger Garantie
vun 8 Joer.



De Montage gëtt exklusiv vun eisem
geschoulte Personal gemaach.

OLA20 Snaidero a piece of art by Pininfarina

METALICA HOME

TÜREN UND FENSTER PVC | ALU | HOLZ

VERANDA

*Är Fensterfabrik
zu Lëtzebuerg
zauter 60 Joer*



SICHER. WARM. SCHÖN.

SHOWROOM:
MONTAG BIS FREITAG: 9 - 19 UHR | SAMSTAG: 9 - 16.30 UHR

SHOWROOM
VON 600 m²


SCHÜCO
Partner


josko
Partnership & Service


R
REINOLD


MADE IN
LUXEMBOURG


METALICA
Home

181 RUE DE LUXEMBOURG | L-4222 ESCH/ALZETTE | TÉL. +352 55 21 56 | WWW.METALICA.LU



BEAUCOUP VOUS PROPOSENT
DES CUISINES, CHEZ EFFETI
NOUS VOUS FERONS CELA :


Effeti
CUCINE UNICHE

Effeti
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen
(ancien local **Miele** die Küche)









Tél.: 26 11 92 16
info@effeti.lu
www.effeti.lu

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Luxembourg | Diekirch | Mersch | T 26 44 13 88 | b-gestion.lu

find us on facebook

Si vous cherchez un bien,
visitez **b-immobilier.lu**

B IMMOBILIER
BINGEN & ASSOCIÉS

B you, we do
La gestion de votre bien immobilier.
Notre métier – Votre tranquillité

B GESTION
BINGEN & ASSOCIÉS

Werden Sie noch heute Mitglied



Die CGFP bietet:

- Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „fonction publique“
- Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- Krankenzusatzversicherung
- CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse Médico“)
- Zusatzpensionsversicherung
- Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- Kindertagesstätten „Kaweechelchen“ und „Am Butzenascht“
- CGFP-Nachhilfvermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

Und so einfach geht's:
Untenstehende Karte ausfüllen und einsenden an:

CGFP

Boîte postale 210
L-2012 Luxembourg



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

A[®]WIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87
e-mail : wietor@internet.lu

LUXEMBOURG
CEE
L
15
CEE
MADE IN
LUXEMBOURG

Ihre Treppe leicht hinauf und hinunter!



thyssenkrupp

THYSSENKRUPP ASCENSEURS S.à r.l.
E-mail: luxembourg@thyssenkrupp.com
Tel.: 40 08 96

CGFP-Website

Immer topaktuell unter
www.cgfp.lu

Abonnieren
Sie jetzt die
CGFP-
Newsletter!



■ MAL AU DOS, AUX GENOUX, AUX ARTICULATIONS :
ENFIN UNE THÉRAPIE EFFICACE QUI TRAITE
LA RACINE DE LA DOULEUR DUE À

■ L'ARTROSE, L'OSTÉOPOROSE, LES BLESSURES
SPORTIVES OU ACCIDENTELLES, ET LES TENDINITES



**UN RETOUR A LA VIE ACTIVE
SANS OPERATIONS ET SANS DOULEURS**

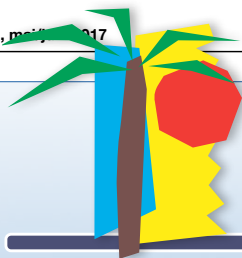
MBST® - BEAUMANOIR S.A.
24 Rue des Genêts - L-1621 LUXEMBOURG - Tél. 26 190 191
email : info@mbst.lu - www.mbst.lu

**MON PATRIMOINE
GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE
À LUXEMBOURG**

- ☑ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☑ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☑ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☑ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☑ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois. **KBL** EUROPEAN PRIVATE BANKERS



LUX VOYAGES

SÜDAFRIKA

Traumhafte Wildnis

15-Tage-Mietwagenreise (Superior)



Die klassische Route von Johannesburg nach Kapstadt hat sich bewährt bei Einsteigern und ist beliebt bei Kennern. Zwischen Kruger-Nationalpark und Kap der Guten Hoffnung bietet diese Mietwagenrundreise Ihnen zwei Wochen lang unvergessliche Eindrücke: Löwen und Elefanten in freier Natur, Wolkenkratzer in Johannesburg und karge Häuserreihen in Soweto, ursprüngliches Zululand und Ferienlandschaften an der Gartenroute. Entdecken Sie die bekanntesten Sehenswürdigkeiten Südafrikas bequem in Ihrem Mietwagen. So verbinden Sie flexible Individualität mit der Gewissheit, den Abend in aller Ruhe in den vorgebuchten Unterkünften ausklingen lassen zu können.

Reisepreis ab 1.325€* / Person im DZ, inklusive

- Mietwagen inkl. GPS
- Inlandsflug Durban - Port Elizabeth
- 14 Übernachtungen in Hotels, Guesthouses, Lodges oder Camps der gehobenen Mittelklasse
- 14x Frühstück, 3x Mittagessen, 4x Abendessen
- Reiseführer, Informationsmaterial und Reiseunterlagen

Termine 2017: täglich bis 31.10.

Gerne beraten wir Sie über Ihre An- und Abreisemöglichkeiten und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Afrika-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



LUX VOYAGES s.à.r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 • Fax: 24 15 24
luxvoyages@cgfp.lu



Sparen mit Spielraum

Die flexible Art, für Kinder vorzusorgen

Kinder haben Ansprüche. Und auch diese wachsen. Damit Sie die kleinen und großen Wünsche finanzieren können, sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparkpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

 **BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg**
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu

